



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

19.05.1932 (Nr. 103)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 19. Mai 1932 • Nummer 103

Heute 20,30 Uhr
Hitler-Film

in der „Concordia“, Schwach-
hauser Heerstraße. Eintritt frei

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Spredstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domscheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: Hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Teiltel RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengeld RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Abrüstungskomödie festgefahren

Die Seifenblase von Deutschlands Gleichberechtigung geplatzt

Genf, 18. Mai. Im Luftfahrt-Ausschuß der Abrüstungskonferenz kam es am Mittwoch völlig unerwartet zu einer großen politischen Aussprache über die Entwaffnungsbestimmungen des Versailleser Vertrages. Die Aussprache wurde hervorgerufen durch eine ungenau geführte, rein den französischen Standpunkt vertretende Erklärung des belgischen Senators Brouders, der jetzt übrigens von französischer Seite als Nachfolger Albert Thomas' auf dem Direktorenposten des Internationalen Arbeitsamtes genannt wird. Brouders lehnte in seiner Erklärung scharf den Vorschlag des deutschen Vertreters ab, die völlige Abschaffung der Militärluftfahrt als Verhandlungsgrundlage zu nehmen. Ministerialdirektor Brandenburg hatte u. a. darauf verwiesen, daß Deutschland mangels jeglicher Luftabwehr die Luftwaffe in jeder Form als eine äußerst gefährliche Angriffswaffe betrachte und daher die gänzliche Beseitigung der Militärluftfahrt fordern müsse. Der deutsche Vertreter hatte zur Bekräftigung seines Vorschlags auf die Luftabstufungsbestimmungen des Versailleser Vertrages aufmerksam gemacht. Der belgische Vertreter erklärte, daß die französische Ordnung sich völlig auf den von Brouders vertretenen Standpunkt stütze. Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailleser Vertrages seien eine rein politische Frage, die vom Luftfahrt-Ausschuß nicht behandelt werden dürfe.

Ministerialdirektor Brandenburg vernachlässigte sich in deutscher Sprache in einer scharfen Erklärung dagegen, daß politische Fragen, insbesondere die Frage der Gleichberechtigung von deutscher Seite in diesem Ausschuß aufgeworfen worden seien und die Verhandlungen von Seiten der deutschen Ordnung einen politischen Charakter erhalten hätten. Der deutsche Vertreter verlas sodann die Präambel zum Teil 5 des Versailleser Vertrages in der beabsichtigt die Entwaffnung Deutschlands als der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung erklärt wird und betonte, daß der Angriffskarakter der Militärluftfahrt deutlich aus der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Regierung vom 16. Juni 1919 hervorgehe, in der die Abschaffung der deutschen Militärluftfahrt damit begründet wurde, daß hierdurch alle kriegerischen Angriffsmöglichkeiten unmöglich gemacht werden sollten.

Die Vertreter von Sowjetrußland, Holland und Ungarn schlossen sich den Ausführungen des deutschen Vertreters an.

Der Vorsitzende des Luftfahrt-Ausschusses, der spanische Politiker Madariaga, gab hierauf eine Erklärung ab, in der er sich der französischen Auffassung anschloß, daß der Luftfahrt-Ausschuß sich keineswegs darum kümmern könne, ob in Versailles bestimmte Waffen den besiegten Ländern als Angriffswaffen verboten worden seien.

Der Antrag der deutschen Ordnung auf ein völliges Verbot der gesamten militärischen Luftfahrt wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für den deutschen Antrag stimmten außer den

Antragstellern, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Sowjetrußland, die Türkei und China.

Die Verhandlungen im Luftfahrt-Ausschuß haben durch den französisch-belgischen Vorstoß eine rein politische Bedeutung genommen und die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze in sämtlichen Abrüstungsfragen gezeigt. Zum ersten Male ist jetzt offen von französischer und belgischer Seite die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in scharfer Weise abgelehnt worden. Die von amtlicher deutscher Seite teilweise gegebene Hoffnung, daß ein gewisses Verständnis für den grundsätz-

lichen deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage vorhanden sei, hat sich damit als völlig unbegründet erwiesen. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens haben sich offen auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland im Versailleser Vertrag nicht nur die Angriffsverboten, sondern auch die Verweigerung der Gleichberechtigung in sämtlichen Abrüstungsfragen annehmen worden sind, und haben somit die deutsche Auffassung, die Frage der Angriffswaffen sei durch den Versailleser Vertrag bereits entschieden, vollständig abgelehnt.

Die Vordänge im Luftfahrt-Ausschuß sind außerordentlich bezeichnend für den gesamten Gang der Abrüstungsverhandlungen.

Zwei französische Sorgen

Wird Deutschland sich wieder bewaffnen?

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 18. Mai. Aus den Parteien, die bestimmt sind, die kommende Regierung Frankreichs zu bilden, drängen zwei besondere Sorgen französischer Art nach vorne. Mit dem Fall Tardieu's ist man vom Donau-Problem abgelenkt. Dessenmehr beschäftigen sich die kommenden Regierungen mit Deutschland. Wenn die Abrüstungskonferenz nun mal wirklich verjagt wird, wird Deutschland dann aus dem Versailleser Vertrag ein Recht herleiten können, um seine Bewaffnung zu bewirken? Die Frage macht den französischen Sozialisten große Angst, zumal sie der Auffassung sind, daß Deutschlands Regierung in kurzer Zeit Adolf Hitler umfassen.

Die zweite Frage, die große Verantwortung auf die kommende französische Regierung legt, beruht darauf, ob die Kriegsschuldner Frankreichs ihre Schulden weiter bezahlen werden, wenn Deutschland nach den letzten Erklärungen der deutschen Regierung, die ebenfalls mit Hitler im Hintergrund eintreten, die Reparationszahlungen tatsächlich nicht fortsetzt. Es bleibt den neuen Staatsmännern in Frankreich vorbehalten, für den Einkommen-Verlust Ersatz zu suchen und das war für Tardieu schon ein Kunststück, viel mehr noch für die Sozialisten, denn eine weitere Belastung der französischen Steuerzahler verändert die Stimmung der Wählerschaft im Handumdrehen. Je mehr die Sozialisten diese Wahrheit erkennen, desto

stiller wird es mit dem Sieg der Marxisten, und desto unangenehmer wird die Bildung der Regierung.

Mitgliedersperre der NSDAP.

München, 18. Mai. Das rapide Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung und die Masseneintritte in die Partei haben die Reichsleitung veranlaßt, sämtliche Dienststellen auszuweisen, keine Eintrittserklärungen für die NSDAP. mehr anzunehmen. Sämtliche Anmeldungen, die nach dem 25. d. M. in München eintreffen, werden nicht mehr berücksichtigt. Die Mitgliederbesperre dauert vorläufig bis zum 15. Juli d. J. an.

Die SPD. reißt aus

Zwischenfall im Braunschweiger Landtag.

Braunschweig, 18. Mai. Nach zweieinhalbmonatiger Pause trat am Mittwoch der Braunschweiger Landtag wieder zusammen. Bei der Aussprache über den SPD-Antrag auf Wiedererrichtung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Thiele, wegen seiner Ausführungen zur Frage Freimaurer und Christentum vom Präsidenten der Sitzung ausgeschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion verließ daraufhin die Sitzung. Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses wurden ohne Aussprache 15 Punkte der Tagesordnung erledigt.

Inflation

Von Dr. Gustav Schlotterer, Hamburg

Es war zu erwarten, daß gegen den nationalsozialistischen Vorschlag der produktiven Kreditbeschöpfung der Vorwurf der Inflation erhoben würde; die seit langem in aller Öffentlichkeit geführten Währungsdiskussionen und auch die Stellungnahmen

zum Wagemann-Plan haben uns darauf vorbereitet. Der Sprecher des Zentrums hat es demgemäß nicht veräußert, im Anschluß an die große Reichstagsrede Gregor Strassers von einer „kleinen Inflation“ zu sprechen, die bei der Verwirklichung unseres Ar-

beitsbeschaffungsprogramms eintreten würde. Es erscheint uns notwendig, einmal die Frage aufzuwerfen, ob in Deutschland eigentlich die Kreditbeschöpfung von Zahlungsmitteln durch Notenausgabe oder Kreditvermehrung für die Zukunft verboten werden soll? Ein alles volkswirtschaftliches Gesetz sagt doch, daß sich — gleicheselbende — die Größe des Zahlungsmittelumsatzes nach dem Umfang der Produktion zu richten hat. Genau so wie in den Jahren 1924-28 ist also eine Vermehrung des Zahlungsmittelumsatzes immer unbedenklich, wenn gleichzeitig eine entsprechende Ausdehnung der Produktion für den Markt stattfindet.

Wer demnach jede Vergrößerung des Zahlungsmittelumsatzes, durch Kreditbeschöpfung oder erweiterte Notenausgabe, mit dem Bannwort „Inflation“ belegt, bringt praktisch zum Ausdruck, daß er jede Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland, jede Steigerung der deutschen Produktion überhaupt ablehnt. Diesen Vorwurf wird aber heute in Deutschland wohl niemand auf sich laden wollen. Da es sich hier um eines der dringendsten Lebensprobleme unseres Volkes handelt, halten wir es für notwendig, daß seine Behandlung nicht so einfach und leichtfertig vorgenommen wird, wie das in der allzu schnellen Verwendung des Schlagworts „Inflation“ zum Ausdruck kommt. Entscheidend ist u. E. nicht die Frage: Will der Nationalsozialismus neue Noten und neue Kredite schöpfen? Diese Frage können wir sofort mit einem Ja beantworten. Wichtig gestellt lautet die Frage vielmehr: Bietet die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die Gewähr dafür, daß dem mit der Noten- bzw. Kreditbeschöpfung automatisch entstehenden Zuwachs an Kaufkraft ein entsprechender Zuwachs an Warenangebot, das diese Kaufkraft reiflos aufnimmt, gegenübersteht? Erfüllt das nationalsozialistische Programm diese Voraussetzungen, so kann auch nach den strengsten Vorschriften der Theorie keine Inflation eintreten, da sich Nachfrage und Angebot, jezt in beiderseits vergrößertem Umfang, nach wie vor die Waage halten, eine Verschiebung der Preise nach oben oder unten also nicht möglich ist.

Überprüft man unter diesem Gesichtspunkt das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungs-Programm, wie es an dieser Stelle von Werner Dath erläutert und im Reichstag von Gregor Strasser vorgetragen wurde, so kann man behaupten, daß die zur Vermehrung einer Inflation erforderlichen Voraussetzungen durchaus gegeben sind. Für ein großzügiges Aufschwungprogramm, nämlich die Urbarmachung und Erschließung von Land, die Steigerung und Erhaltung von Eigenheimen usw., soll innerhalb einer bestimmten Periode ein größerer Betrag auf dem Wege des Kredits bereitgestellt werden. Da sich die Ausführung des Programms, wie wir eben feststellten, auf einen längeren Zeitraum erstreckt, ist wäre zunächst vom Gesamt-Kredit nur ein

erste Rate, etwa der Aufwand eines Monats erforderlich. Es ist also von vornherein falsch, wenn behauptet wird, daß eine Vermehrung der Notenausgabe in der vollen Höhe der Kreditvermehrung stattfinden. Tatsächlich beginnen ja die bei der Auszahlung der ersten Rate zur Verfügung gestellten Zahlungsmittel sofort einen Kreislauf und können wahrscheinlich bereits bei der Verteilung der zweiten Rate wieder verwandt werden. In dieser Punkt erreicht, so hört die Verwendung der Noten unter allen Umständen auf und die Kredite werden nicht vorhanden, „geparten“ Noten realisiert. Dieser Tatbestand ist der Wirtschaftstheorie durchaus bekannt und wird als Umlaufgeschwindigkeit der Noten bezeichnet.

Die Auszahlung dieser Rate an die beim Arbeitsbeschaffungs-Programm beschäftigten Stellen überträgt an diese Verfügungsmöglichkeiten über Waren, schafft also Kaufkraft in der Höhe des ausbezahlten Kreditbetrags. Diese Kaufkraft, durch Kreditbeschaffung neu geschaffen, leitet jetzt das ein, was Werner Dais in seinem Artikel „Kampf der Arbeitslosigkeit“ als automatische Fortpflanzung der Wirtschaftsebebung bezeichnet hat. Wirkt diese Kaufkraftvermehrung inflationistisch? Sie wird es dann tun, wenn die auf Grund der neuen Kaufkraft ausgeübte Mehrnachfrage nach Waren für längere Zeit oder auf die Dauer keinen entsprechenden Ausgleich in einem Mehrangebot an Waren findet. Bei der Nachfrage wird es sich einmal um Dinge des täglichen Bedarfs handeln, da die mit Arbeit und Kaufkraft versorgten Menschen in erster Linie ihre persönlichen Lebensbedürfnisse befriedigen werden. Daneben kommt Nachfrage nach Materialien, ferner diejenige Nachfrage in Betracht, die von den Unternehmern mit Hilfe der — in mäßigen Grenzen zu haltenden — erzielten Gewinne ausübt wird.

Nun wurde von Werner Dais in seinem großen Artikel bereits darauf hingewiesen, daß die neu zu schöpfenden Kredite nicht der Finanzierung der öffentlichen Arbeiten auf Grund des Arbeitsbeschaffungs-Programms dienen, sondern auch der übrigen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollen. Das bedeutet, daß gleichzeitig mit der oben erwähnten Verschönerung von Kaufkraft, an anderer Stelle der Wirtschaft die Produktion von Waren aufgenommen werden kann, welche mit Hilfe dieser Kaufkraft und später infolge weiterer Nachfrageausdehnung am Markt verlangt werden. Einer wesentlichen Panikpolitik müßte es gelingen, Umfang und Art dieser Produktion ungefähr vorauszuschauen und so Festinvestitionen und Umlaufgeschwindigkeit unseres Wirtschaftsapparates und die Größe der deutschen Kraftreserven kennt, weiß, daß ein dauerndes Ueberwiegen der Waren-Nachfrage gegenüber dem Waren-Angebot nur bei ganz groben Fehlern möglich wäre. Ueberhaupt möchten wir davor warnen, die „inflationistischen“ Folgen einer Kaufkraftvermehrung in Deutschland zu übersehen. Nach der Theorie ist nur dann eine allgemeine und dauernde Preissteigerung (Inflation) möglich, wenn eine Wirtschaft keine Produktionskräfte mehr einsetzen hat, welche die gestiegene Nachfrage befriedigen können. Diese Kräfte-Mengen aber, eine der Schwachstellen gegen die Inflation, sind genügend in Deutschland vorhanden. Die Gefahr ist lediglich die, daß ein Einfluß verbunden wird, weil zu wenig Kredite zur Finanzierung der Produktion zur Verfügung stehen. Und gerade hier zielen unsere Währungs- und Kreditbestrebungen, wie sie von Werner Dais aufgezeigt wurden, darauf hin, die deutsche Wirtschaft elastisch in ihren Bewegungen zu machen und ihr die rasche Aufnahme einer Warenproduktion zu ermöglichen, für die auf dem Markt Nachfrage entsteht. Selbstverständlich muß auf der anderen Seite dafür gesorgt werden, daß die Kreditvermehrung nicht mehr weitergetrieben wird, wenn die Produktivkräfte unserer Wirtschaft voll beschäftigt sind.

Hier sehen wir bereits, daß eine ebenso begrenzte wie ausreichende Kreditneuschöpfung nicht nur vollkommen ungefährlich ist, sondern sogar die unerlässliche Voraussetzung für die sofortige Anpassung des Produktionsumfangs an die gestiegene Nachfrage bildet. Würde eine kurzfristige Panikpolitik die Kredite drohen oder die Kreditbeschaffung an die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungs-Programms allein beschränken, so wären gewisse Preissteigerungen, die Durchsetzung „inflationistischer Tendenzen“ die Folge. Diese Gefahr vermeiden aber das nationalsozialistische Programm benutzt dadurch, daß es durch erweiterte Kreditbeschöpfung den Einfluß weiterer Produktionskräfte, welche die neue Nachfrage nach Waren befriedigen sollen, ermöglicht.

Es ist ein altes volkswirtschaftliches, durch Erfahrung belegtes Gesetz, daß sich entzündende Arbeitslosigkeit sehr schnell durch den Wirtschaftskörper hindurch fortpflanzt. Genaue Untersuchungen haben zu der Feststellung geführt, daß mehr als die Hälfte unserer deutschen Arbeitslosigkeit die Wirkung früherer Arbeitslosigkeit bzw. der damit verbundenen Kaufkraft- und Wirtschaftsschwächung darstellt. Die umgekehrte Wirkung tritt dann ein, wenn eine größere An-

Was geht in Deutschland vor? Verleumdung in der Orientierung des Auslandes

Amsterdam, 18. Mai. Nach dem drakonischen Urteil des Berliner Schnellrichters beurteilt die gesamte westeuropäische Presse die politischen Vorgänge in Deutschland weit kritischer als tags zuvor, wo doch das Porzellan bereits gebrochen war. Alle Kraftansprüche der marxistischen deutschen Blätter, wie „Generals-Gamarrilla“, „Folgeschiffen-Diktatur“, „Wortbande“, „Hüter-Blut“, tönen in der Presse des europäischen Westens als Echo zurück und aus Unkenntnis anderer Dinge werden den parteiischen Äußerungen der deutschen Linkspresse und einiger Zentrumsorgane angestrichelte Betrachtungen über die nächste Zukunft Deutschlands angehängt. Das ist aber der Jock des Volkswunders und des von ihm vergrößerten internationalen Kapitalismus, der sich sogar

Sorgen darüber macht, ob Frankreich und Amerika, die beiden Hauptgläubiger Deutschlands, das alles verdauen könnten.

Ein anderes Urteil über Deutschland ist natürlich nicht möglich, solange es in Berlin staatlich subventionierte Unternehmen gibt, die es sich zur Pflicht machen, das national denkende deutsche Volk, dessen Gedankentriebe sie nicht angehen, im Ausland zu verleumden.

Wenn die ausländische Presse auf Grund dieser Äußerungen in Katastrophenstimmung gerät und „mit sehr gemischten Gefühlen das gefährliche Spiel in der politischen Kinderstube Deutschlands beobachtet“, lassen die marxistischen Blätter in Berlin über ihren Sieg mit Schreibmaschine und Telefon „Victoria“ und der ganze Hymus wird mit dem Staatszuschuß prompt bezahlt.

„Dem dritten Reich entgegen“ Der Nationalsozialismus im italienischen Spiegel

Rom, 19. Mai. Unter der Überschrift „Dem dritten Reich entgegen“ hat der Zuriener „Gazzetta del Popolo“ eine Artikelserie begonnen, in der der Solari sich mit dem deutschen Nationalsozialismus und dessen Führern auseinandersetzt. Der erste Artikel kommentiert Äußerungen aus nationalsozialistischen Parteischriften. Zwischen den Zitaten heißt es u. a.:

„Das Hauptverdienst Hitlers — die Geschichte wird das bekämpfen — beruht auf der Tatsache, daß er als erster Vertrauen in die Wiegebewertung des Reiches hatte, daß er als erster sich gegen die unbilligen Verträge und die erdrückenden Tribute auflehnte, daß er als erster die zukünftige Freiheit verfolgt hat, daß er schließlich mit einer schier dramatischen Fähigkeit solange dem Elend getrotzt hat, bis zum Tage der Erhebung.“

zahl von Arbeitslosen wieder in die Produktion zurückgeführt und mit Kaufkraft versorgt wird, und wenn die Wirtschaft an einer Stelle eine Stärkung erfährt. Nach den Berechnungen der zukünftigen nationalsozialistischen Stellen wird die Einstellung von einem Arbeitslosen auf Grund des Beschäftigungsprogramms die Einstellung von mindestens einem weiteren Arbeitslosen nach sich ziehen. Das ist es, was wir automatische Wirtschaftsebebung, welche durch die Ausföhrung unseres Arbeitsbeschaffungsprogramms ausgelöst und durch tatkräftige Außen- und Wirtschaftspolitik vor dem Wabeben bewahrt werden soll, nennen.

Wir fassen also zusammen: Eine Inflation kann in Deutschland nur entstehen, wenn durch unproduktive Kredit- bzw. Kaufkraftschöpfung das Verhältnis zwischen Waren-Nachfrage und Waren-Angebot sich in dem Sinne verschiebt, daß die Exzesse für längere Zeit überwiegt. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik setzt sich die Steigerung der Nachfragemöglichkeiten durch Kaufkraftvermehrung zum Ziel. Es wird jedoch die Kredit-Politik so handhaben, daß gleichzeitig die brachliegenden Wirtschaftskräfte in Deutschland, der deutsche Mensch und der deutsche Boden, in Einsatz gebracht und für die Vermehrung des Angebots an Waren nutzbar gemacht werden können. Dabei wird so verfahren werden, daß möglichst wenig Festinvestitionen entstehen. Aufgabe einer zukünftigen Politik ist es dann, den auf diese Weise mit neuem Leben erfüllten deutschen Wirtschaftsraum vor den Gefahren zu bewahren, die seine Grundlagen schon einmal unterhöhlt und zum Einsturz gebracht haben. Diese Gefahren, Tributpolitik, maßlose Zinswirtschaft, Schwächung der Landwirtschaft, Ausbeutung der Arbeitskraft, Verschwendung und Raubbau am Volkswesen müssen in den nächsten Jahren durch einen starken Staat an dem Einbringen in unseren Volks- und Wirtschaftskörper gebindert werden. Daher ist staatliche Erneuerung die wichtigste Voraussetzung zur Wiederaufrichtung unserer deutschen Wirtschaft.

Curtis verhaftet

Newport, 18. Mai. Der Redner Curtis ist in Haft genommen worden. Curtis wurde ins Gefängnis von Flemington in New Jersey überführt, weil er unfähig ist, 10.000 Dollar Kaution zu stellen. Die Anklage gegen ihn erfolgte wegen Behinderung der Polizeibehörden bei Verbrechenverfolgung und Zurechtweisung. Die Höchststrafe hierfür beträgt drei Jahre Gefängnis und 1000 Dollar Geldstrafe.

Die Folgeled-Angelegenheit wird immer verwickelter. Wie die Polizei mitteilt, hat sich jetzt herausgestellt, daß der Delan Peacock Lindeberg fernerzeit aufgefordert hat, 25.000 Dollar Vorgeseld zu hinterlegen, das von den Entführern verlangt worden sei. Peacock ist angeblich überzeugt gewesen, daß Curtis tatsächlich mit dem Entführern Verbindung aufgenommen habe. Da Peacock keine positiven Beweise hatte, lehnte Lindeberg die Forderung jedoch ab. Peacock hat selbstmörderisch

Wir befinden uns, so sagt Solari weiterhin, einer ungeheuren ideologischen Wiedergeburt gegenüber, die die Grenze zieht gegen den lumpigen, germinierenden marxistischen Materialismus. Wir finden das alte Deutschland der Philosophen und Krieger in Sturm und Drang wieder. Wir stehen hier vor einer Bewegung, die sich so vollständig in der Ueberlieferung der Rasse verankert, und sich mit ihr verbindet, daß, wer an ihrer Lebensfähigkeit zweifelt, eine Naturkraft leugnen würde. Nach dieser Maßgabe ist die Hitlerbewegung viel mehr als eine einfache politische Partei. Sie ist ein nationales Sichwiederfinden, ein neuer geschichtlicher Ausweis einer Rasse, die sich selbst erkennt und aus dieser Erkenntnis eine Summe von latenten Energien schöpft, kraft derer jedes Hindernis zu überwinden ist.

der mehrmaligen polizeilichen Aufforderung, zur Zeugnenerhebung von New Jersey nach Newport zu kommen, nicht entsprochen.

Der Präsidentenmörder unzurechnungsfähig

Paris, 18. Mai. Die Voruntersuchung gegen Gorgulov ist nach langen Verhören fast abgeschlossen. Der Mörder gebärdet sich fortgesetzt als religiöser Patriot, der sein Verbrechen aus Liebe zu Russland begangen hat. Als der Untersuchungsrichter vor Gorgulov ein grün-rot-schwarz gefärbtes Banner ausbreitete, stürzte sich dieser auf die Fahne, riß sie an sich und küßte sie. Er erklärte, daß alle seine Taten für dieses Banner verübt worden seien, das für ihn das höchste Heiligtum darstelle. Als ihm seine ernstlichen Verwehungen in der Tschefschowlawski vorgeworfen wurden, geriet er in Klaferei und beteuerte schreie, daß er von allen verlassen sei und von der ganzen Welt verfolgt werde. Konfessionsneid und Bosheit hätten die gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen erfinden. Er habe niemals gegen die ärztliche Berufslehre verstoßen. Die Notiz in seinem Taschenbuch, daß er nicht nur viermal, sondern bereits zwölfmal verheiratet gewesen sei, bezeichnete Gorgulov als falsch. Er habe das nur zum Scherz niedergeschrieben. Mit wem er sich verheiratet habe, sei ihm unbekannt und nicht gekannt. Bei den Emigranten sei er nur auf Feindschaft und Mißtrauen gestoßen. Nach dem medizinischen Gutachten scheint es bereits festzustehen, daß Gorgulov bereits seit fünfzehn Jahren an Lues leidet. Die Abendpresse weist bereits auf die Möglichkeit hin, daß die medizinischen Sachverständigen den Mörder für unzurechnungsfähig erklären. Das entscheidende Gutachten sei nicht vor vierzehn Tagen bis drei Wochen zu erwarten.

Nur noch 45 Millionen Reichsmark Ausfuhrüberschuß im April
Berlin, 19. Mai. Der Ausfuhrüberschuß im

deutschen Außenhandel ist von 152 Millionen RM. im März auf 45 Millionen im April zurückgegangen, und zwar sowohl infolge Steigerung der Einfuhr einerseits und eines Rückgangs der Ausfuhr andererseits. Erstere stieg von 363,6 auf 427,3 Millionen RM. Die Erhöhung entfällt im wesentlichen auf die Gruppen Lebensmittel und Rohstoffe, die um 30 bzw. 32 Millionen RM. höher ausgewiesen sind. Die Fertigwareneinfuhr hat sich kaum verändert. Die Ausfuhr ging zurück von 516 auf 472,3 Millionen. Der Rückgang entfällt lediglich auf die Gruppe fertige Waren,

deren Ausfuhrwert um fast 11 v. H. unter dem Stand des Vormonats liegt.

Er ist zu einem kleinen Teil durch weitere Senkung der Preise zu erklären. Soweit bisher festzustellen ist, war für die Entwidlung der Gesamtausfuhr vor allem der Rückgang der Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland entscheidend. Bei der Ausfuhr nach Großbritannien wurden sich die neu eingeföhrten Zollmaßnahmen nicht auf die Einföhrung im April 9,1 gegen 11 Millionen RM. im März. Einseitig die Reparationsachtföhrung auf belief sich demnach der Ausfuhrüberschuß auf 54 Millionen Reichsmark.

Letzte Drahtnachrichten

Kohlenstaubexplosion im Dresdener Kraftwerk.
Dresden, 20. Mai. Im West-Kraftwerk am Dresdener Platz brach in der Elektro-Grühtanlage im Dachgeschoß ein Kohlenstaubbrand aus, der zu einer Explosion führte. Bei den Löscharbeiten erlitten Arbeiter schwere Brandwunden am ganzen Körper und wurde in katastrophalem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Durch den Brand ist großer Sachschaden entstanden. Ganze Wandteile stoben heraus, viele Überlichter und Scheiben wurden zertrümmert.

70 Todesopfer der Schiffskatastrophe.
Paris, 20. Mai. Govaos meldet aus Athen, daß nach dort vorliegenden Nachrichten die Zahl der bei dem Brand der „Georges Philippi“ ums Leben gekommenen Passagiere 70 betrage. Unter den Vermissten befindet sich auch der bekannte französische Schriftsteller und Journalist Albert Zondre, sowie der Generalstaatsanwalt von Genoa, der sich auf einer Urlaubsreise nach Frankreich befand.

Anrufbeider Bombay.
Bombay, 20. Mai. Nach einer kurzen Pause kamen die Anrufe wieder zum Ausdruck und breiteten sich auch auf das Industriegebiet von Bombay aus. Sämtliche Baumwollspinnereien wurden geschlossen. Auch die Arbeiter in den Papierwerken von Bombay wurden gezwungen, die Arbeit niederzulegen, so daß infolge des Mangels an Wasser der Ausdruck von anstehenden Arbeitslosen befürchtet wird.

Kleine Politik

In Bombay haben neue Kämpfe stattgefunden, bei denen weitere 4 Personen getötet und 60 verwundet wurden.

Der Versuch, eine Konzentrationsregierung unter Dr. Dollfuß in Oesterreich zu bilden, ist gescheitert.

Die sofortige Reichstagsseinberufung ist entgegen der reichsgerichtlichen Auslegung der Verfassung widerrechtlich abgelehnt worden.

Professor Graf Bodona ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten.

In Berlin hat der Devalveinprozeß begonnen, bei dem es sich bekanntlich um einen Betrag von rund 20 Tausend Sparern handelt.

Nach einer Londoner Bressefemelung steht nunmehr Herriot die Abföhrungsabotage Tardieus fort.

In Nordböhmen haben über 1000 Landwirte bei der Behörde einen frieblichen Schuldenausgleich beantragt, da sie sonst aufstehende seien, auf ihren Höfen zu bleiben.

Marxist Sollmann verhöhnt die Bibel

In den letzten Dauerfessionen des Reichstags kam es nachts zwischen zwölf und ein Uhr zu einem beköhmenden Zwischenfall. Auf einmal lag auf dem Rednerpult — eine Bibel. Im schließlichen Gewande lag das heilige Buch auf dem Holzpult, inmitten der zahlreichen Abgeordneten aller Parteien. Einige Abgeordnete erkannten das Buch der Richter und achteten begierig darauf, was daraus werden sollte. Darauf nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann die Schrift aller Schriften und verlas daraus einige Zeilen — um einen Wertvollt daran zu knüpfen, um einem politischen Gegner eins auszuweisen. Dann

legte er die aus der Reichstagsbibliothek entlehnte Bibel wieder beiseite, als ob nichts geschehen wäre. Niemand rührte sich, auch kein Zentrumsmann und kein christlich-sozialer Gesundheitsbeter, um gegen diese Entweihung Einspruch zu erheben, Niemand widersprach sich, kein Minister; nur die Nationalsozialisten waren empört. Die Freunde des Redners quittierten seinen schalen Witz mit wiederendem Gelächter. Dann nahm der Redner das heilige Buch unter den Arm und ging davon. Gibt es kein Gesetz zum Schutze der Bibel?

Die Klage des Fürsten Pleß eingereicht

Genf, 18. Mai. Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klagenverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung endlich einmal einen Schritt unternommen. Der deutsche Vertreter im Völkerbundrat, Graf Welzel, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß die deutsche Regierung sich mit einer Klage gegen Polen an den internationalen Haager Gerichtshof gewandt habe. Die deutsche Regierung geht dabei von der Erwägung aus, daß nach den bisherigen Erfahrungen weitere Einsprüche gegen den Völkerbundrat gegen die fortgesetzten Unterdrückungsmaßnahmen der polnischen Regierung gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien in diesem Falle zwecklos sind. Die Klage, die alle von der polnischen Regierung in den letzten Jahren planmäßig gegen den Fürsten Pleß als Angehörigen der deutschen Minderheit ergangenen Maßnahmen darstellt, ist bereits dem Haager Gerichtshof überreicht worden.

Die polnische Regierung hat bisher bereits 17 Klagenverfahren vor dem internationalen Haager Gerichtshof verloren ohne daß sich etwas ändert. Sie hat auch mehrfach vor dem Völkerbundrat eine offene Verletzung der Minderheitenschutzverträge zugeben müssen. Trotzdem also die Regierung von der Ausichtslosigkeit ihres Beginns überzeugt sein mußte, fällt ihr nichts anderes ein, als abermals im Haag zu intervenieren. Mit solchen Mitteln ist eine deutsche Außenpolitik nicht zu treiben.

Rüstungskurs bleibt in Frankreich

Herriot fest Tardieu's Politik fort.

London, 18. Mai. „Daily Herald“ veröffentlicht eine Unterredung mit Herriot, in der dieser erklärte, daß eine Herabsetzung der deutschen Tributzahlungen unmöglich sei, wenn sich die Vereinigten Staaten und England nicht zu entsprechenden Herabsetzungen der Kriegsschuldenszahlungen bereit erklären. Ueber die Abrüstung sagte Herriot, die Nationalsozialistische Partei beurteile die Abrüstung als eine Frage der internationalen Sicherheit. Sie glaubt, daß die Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstungen nur unter der Bedingung des Völkerbundes möglich ist. Diese Herabsetzung könne nur schrittweise im Verhältnis zur Entfaltung der Sicherheit durchgeführt werden. Sie befürworte die Organisation einer internationalen bewaffneten Macht, die Internationalisierung der Tanks, schweren Artillerie, strategischen Eisenbahnen, Luftschiffahrt, die für die Mobilisierung von Truppen verwendet werden können.

„Daily Herald“ kommentiert diese Erklärungen Herriots dahin, daß Herriot, nachdem er die Wahl mit Hilfe der Sozialisten gewonnen habe, nunmehr seine Verbindungen über Bord werfe und seine Regierung unter Einfluß der Tardieu-Politik bilden wolle, gegen die sich seine ganze Propaganda bei den Wahlen gerichtet habe. Kurz gesagt, habe Herriot die Politik Tardieu's in der Frage der Tribute und der Abrüstung in jeder Beziehung übernommen.

Der Prozeß Meyer-Beckers verschoben

Wird das Verfahren eingestellt?

Konno, 18. Mai. Der Prozeß gegen Schulrat Meyer und den Reichsdeutschen Webers, der bekanntlich am 21. Mai festgesetzt war, ist am Mittwoch durch einen Geschäftsordnungsbeschuß des Kriegsgerichts auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Beschluß geht auf einen Antrag des Staatsanwalts beim Kriegsgericht, General Wiemer, zurück, der von vornherein der Auffassung gewesen sein soll, daß das Material gegen Meyer und Webers nicht ausreichte und völlig unzulänglich sei. Dieses Material ist dem Untersuchungsrichter Mosig, der auch die erste Voruntersuchung führte, zurückgegeben worden. Es ist zu hoffen, daß die nachträgliche Untersuchung nun zu einer Freisprechung der Angeklagten überhaupt führt.

Marxistische Verleumder am Pranger

In dem Prozeß Adolf Hitler's gegen den Hauptführer der sozialdemokratischen „Vollzeitung“ in Kiel wurde dieser Tage die einseitige Verurteilung bestätigt, durch welche dem Verleumder verboten wird zu wiederholen, Hitler habe den Bürgerkrieg vorbereitet, er habe Befehl gegeben, den Fuß der Vorarbeiten, die öffentlichen Gebäude zu besetzen, Waffen und Lebensmittel zu beschlagnahmen und die Massen nicht zu vergessen. Damit hat ein deutsches Gericht endlich den Willen bekundet, dem Führer der größten deutschen Partei den notwendigen Ehrenschutz gegenüber hemmungslosen Verleumdern zuteil werden zu lassen. Nach vor wenigen Tagen hatte der marxistische Schriftleiter der Kieler „Vollzeitung“ damit gepöbelt, er werde Hitler persönlich nach

Adolf Hitler und die Kaiserhof-Rechnung

Gegenüber den mit schamloser Unerschrockenheit immer wieder in verschiedenen Formen hervorgerufenen Unannehmlichkeiten über eine angebliche Hotelrechnung Adolf Hitler's und seines Stabes im Kaiserhof, Berlin, wird folgender Sachverhalt abschließend festgestellt:

1. Am 4. April brachte zuerst die „Welt am Montag“ in Berlin einen Bildabdruck einer angeblichen Hotelrechnung des „Kaiserhof“ in Berlin über den Aufenthalt Hitler's in diesem Hotel unter der Schlagzeile: „So lebt Adolf Hitler!“ und mit dem heftigen Hinweis: „Dieses Dokument ist keine alltägliche Rechnung, es wirkt ein Schlaglicht auf den Gegensatz zwischen der Lebenshaltung des Führers einer Arbeiterpartei und der allgemeinen Not unserer Tage.“

2. Dieser Bildabdruck ist eine schamlose Fälschung, die offenbar nur aus der niedrigen Sucht des Führers der deutschen Arbeiterpartei, „orientalische“ Praxerei anzuhängen zu nehmen, erdichtet ist. Die Hotelrechnung „Kaiserhof“ hat sofort von sich aus durch verschiedene Zeitungsstellen wie Telegraphen-Union, Wolffsches Telegraphen-Bureau u. a. der Öffentlichkeit mitteilen lassen, daß es sich bei dem abgedruckten Dokument um eine Fälschung handle. Die Hotelrechnung „Kaiserhof“ hat weiter dem Führer Adolf Hitler mitteilen lassen, daß sie alle rechtlichen Mittel und Wege ergriffen habe, um dieser Lüge entgegenzutreten, und Klage angehängt sei. Die Hotelrechnung „Kaiserhof“ hat endlich dem Reichsbesitzer Adolf Hitler, Reichsanwalt Dr. Luegbeume, eine eidesstattliche Versicherung dahin zur Verfügung gestellt, daß die abgedruckte Rechnung gefälscht und die

darin enthaltenen Behauptungen unwahr seien.

3. Gegen die Verbreiter und Nachdrucker dieser Fälschung wurden im außerordentlichen Klagenverfahren Urteile auf Erlass von einstweiligen Verfügungen gefällt. Solche gerichtlichen Verbote gegen die Wiederholung und Weiterverbreitung dieser Fälschung wurden in Nürnberg gegen die „Frankfurter Tagespost“, in Essen gegen die „Freie Presse“, in München gegen die „Münchener Post“ und in Berlin gegen die „Welt am Montag“ beantragt und dort erwirkt. Der „Welt am Montag“ ist dadurch das gerichtliche Gebot auferlegt: „Bei Verletzung einer Haftstrafe bis zu 4 Wochen für jeden Fall der Zuwiderhandlung in dem Artikel „So lebt Adolf Hitler“ der Nr. 14 der Zeitung „Die Welt am Montag“ vom 4. April 1932 enthaltenen Behauptungen zu unterlassen, insbesondere, daß die mitgeteilte Rechnung echt und keine Fälschung sei.“

Aus diesem nackten Sachverhalt erhebt am klarsten, welche Veranlassung es mit dem Text von der „Welt am Montag“ vorgedruckten neuen Behauptungen gegen Adolf Hitler hat: Hitler hätte fälschlicherweise an Eidesstattlichkeit, daß Klage gegen die Verbreitung der Kaiserhofrechnung erhoben sei, und es sei niemals behauptet, Hitler habe den Rechnungsbetrag allein für sich selbst verbraucht. Alle Abfertigungs- und Zählungsverläufe sind neue, unerhörte Verleumdungen. Allein wesentliche Tatsache ist: „Die in der „Welt am Montag“ abgedruckte Kaiserhof-Rechnung ist plump gefälscht!“

Hannover, den 6. Mai 1932.

Rechtsanwalt Dr. Luegbeume.

Kiel loben lassen, um als Gegenspieler des nationalsozialistischen Führers Senfation zu machen. Er wollte sich dabei der Unterstützung höchster marxistischer Würdenträger bedienen. Das ist den Genossen nun gründlich verfallen; es wäre zu wünschen, daß die Verleumder der Journalisten aus dieser gerichtlichen Feststellung eine Lehre ziehen wollten. Bei den moralischen Mängeln dieser Presse darf man darauf allerdings nicht rechnen.

Ein Strafantrag mit Hindernissen

In seiner Eigenschaft als Außenminister hat der Reichskanzler Brünning gegen die nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“ in Königsberg Strafantrag wegen angeblicher Verleumdung des deutschen Gesandten in Romo, Morath, gestellt. Im Februar dieses Jahres hatte die „Deutsche Zeitung“ den berechtigten Vorwürfen gegen den deutschen Gesandten in Litauen Ausdrück gegeben, die anlässlich des Memelraubes die deutsche Bevölkerung erfüllten. Es erfolgte darauf ein Verbot der Zeitung, das vom Reichsgericht jedoch als unbegründet und rechtswidrig aufgehoben wurde. Bis heute wartete man vergeblich auf eine Klage. Jetzt endlich hat sich der Reichskanzler zu einem Strafantrag gegen sie entschlossen. Er hat diesen Zeitpunkt wohl deshalb gewählt, weil ohne sein Zutun die Memelländer durch ihr Verbleiben zum Deutschland die Lage für Deutschland verbessert haben. Der Prozeß verpricht sehr interessant zu werden und er wird auf die Gesplogkeiten der heutigen Diplomatie ein bezeichnendes Licht werfen.

„Daische“ Dichter

Sympathieumgebung für einen verurteilten Landesverräter.

Berlin. Der pazifistische Herausgeber der „Weltbühne“, Karl von Ossietzky, der vom Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt ist, hat im Strafgefängnis Berlin-Zehlendorf seine Strafe angetreten.

Ossietzky wurde zum Gefängnis von einer Abordnung der „Liga für jüdische Menschenrechte“ begleitet, die sich aus dem Schriftstellern Leonhard Frank, Arnold Zweig, Alfred Wolfenstein, Hoba Hoba, Hermann Reuter, ferner dem Theaterkritiker der „Frankfurter Zeitung“, Ernst Zastor, Hermann Ehring, und dem Reichstagsabgeordneten Rosenfeld zusammensetzte.

Wie nicht anders zu erwarten, handelt es sich bei diesen „Vertretern der deutschen Dichtkunst“, die sich mit dem pazifistischen Verbrecher identisch erklären ausnahmslos um Juden!

Wie find im Gegensatz zu diesen Herren, die sich, dem Reichspräsidenten von Hindenburg mit gutem Grunde die Unabhängigkeit versagte, jetzt zum Märtyrer klemmen wollen, der Wunsch, daß der Verrats militärischer Geheimnisse ein nichtswürdiges und ehrenrühriges Verbrechen darstellt.

Wenn der Volkswirt Toller namens seiner verarmten Freunde die Abschiedsrede mit dem Gelübis schloß, „daß sie auf dem gleichen Wege gegen den Terror der politischen Zucht kämpfen würden“, dann wird es sich das deutsche Volk, auf das diese „Dichter“ ja mit ihrer Produktion angewiesen sind, überlegen müssen, ob es solche Kreaturen noch weiter dulden will.

Rückgang von Pilsener Bier

Die Einfuhr tschechischen Bieres betrug sich im Jahre 1931 nur noch auf 86 731 hl gegenüber 167 675 hl im Jahre 1930 und 188 289 hl im Jahre 1929. — Die Einfuhr 1931 ist also gegenüber 1930 um 48,3% und gegenüber 1929 um 56,3% zurückgegangen und damit stärker gesunken als der Absatz deutschen Bieres in der gleichen Zeit, ein erfreuliches Zeichen wirtschaftlicher Selbstbestimmung.

Aus aller Welt

Kommunistisches Attentat?

Der Brand des „Georges Philippar“. Paris. Auch am Dienstag nachmittag lagen keine neuen direkten Nachrichten über die Brandkatastrophe des D. „Georges Philippar“ vor. Die meisten Meldungen stammen aus London oder Rom und scheinen zu ergeben, daß der Kapitän des Unglückschiffes, Vica, als Leiter von Bord gegangen ist. Darnach müßten alle Passagiere und die Besatzung auf den zur Hilfeleistungen herbeigeeilten Fahrzeugen Aufnahme gefunden haben.

Andere Meldungen von heute früh geben ein wesentlich anderes Bild der Lage. Darnach sollen 650 Personen gerettet sein, während 250 Personen vermißt werden.

Man kommt zur Betrachtung der Brandkatastrophe hinzu, daß die kommunistische

Partei Frankreichs mit einem Anschlag auf den Dampfer gedroht haben soll, da er Munition nach Japan mit sich führe. Tatsächlich hat der Dampfer keine Munition an Bord gehabt. Ob Brandstiftung vorliegt, läßt sich schwer sagen.

An Bord des Schiffes spielten sich bei der Brandkatastrophe erschütternde Szenen ab. Familienangehörige wurden ja getrennt. Die Geretteten verharren im Ungemüß über das Schicksal der anderen. Ein 2½-jähriges Kind und ein noch jüngerer befinden sich ohne Eltern an Bord des „Contracteur“. Ein geretteter indonesischer Beamter erzählt, daß er sich mit Aufbietung der äußersten Kräfte durch das Flammenmeer einen Weg hätte bahnen können, um seine Frau zu retten. Er habe dabei ein Bullauge eingeschlagen.

Ankunft der Überlebenden des „Georges Philippar“ in Athen.

London, 18. Mai. Bei der Ankunft der Überlebenden der „Georges Philippar“ in Athen spielten sich verzerrte Szenen ab. Viele Passagiere fanden ihre Angehörigen wieder, die sie bereits für verloren gehalten hatten und die mit dem Schiff eingetroffen waren. So sah sich eine verzweifelte Mutter plötzlich ihren zwei für verloren gehaltenen Söhnen gegenüber. Andere suchten ihre Verwandten vergebens. So konnten die Eltern vieler Kinder, darunter solcher von ein bis zwei Jahren, nicht ausfindig gemacht werden. Die Schiffbrüchigen sind in Hotels, Privathäusern und Militärbaracken untergebracht worden. Die Verwundeten wurden nach den Krankenhäusern befördert, wo bereits alle Vorkehrungen getroffen war. Die meisten der Geretteten mußten mit Kleibern versehen werden. Nach den Berichten der Überlebenden sind die bisher veröffentlichten Listen der Passagiere der „Georges Philippar“ unvollständig. Die Zahl der englischen Passagiere, die sich an Bord befanden, ist bisher mit rund 30 angegeben.

Schwere Unruhen in Spanien

200 Bomben beschlagnahmt.

Madrid, 18. Mai. In Moron (Provinz Sevilla) beschlagnahmte die Polizei 200 schwere Bomben, die bei der für die nächsten Tage geplanten Aufstandsbegehung der Sozialisten verwendet werden sollten. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und verurteilte die Schließung der syndikalistischen Gewerkschaftshäuser.

In Alcañiz (Provinz Caceres) griffen freilebende Landarbeiter die Polizei an. Bei dem Feuergefecht wurde ein Arbeiter getötet. Dadurch geriet die Einwohnerchaft in größte Erregung. Der nur drei Mann starke Polizeipostenkörper wurde einwärts und die Menge verjagt, die Polizisten zu lynchen. Ein Beamter wurde schwer verwundet. Auch in Orihuela kam es zu schweren Unruhen. Landarbeiter zerstörten im Berlesungsgebiet etwa 500 Pumpen. Der Sachschaden beläuft sich auf über zwei Millionen Peseten. Polizeiverstärkungen sind angefordert.

Führerlose Lokomotive rammt auf Güterzug

Wien. Eine führerlose Lokomotive, die von einem Güterzug auf und zertrümmerte mehrere Wagen. Einige Mitglieder der Zugbesatzung wurden verletzt. Wie sich herausstellte, war die Lokomotive auf der sovietschischen Grenzstation von einem Eisenbahner bestiegen worden, der von Agenten der GSW, die ihm auf der Spur waren, flüchten wollte. Er setzte die Lokomotive in Gang und fuhr auf polnischen Gebiet. Nicht nur Karpaten sprang er ab und flüchtete in den nahegelegenen Wald, während die Lokomotive führerlos ihre Fahrt fortsetzte und das Unglück herbeiführte.

Zehn Millionen Liter Gasolin in Flammen

Buenos Aires. In der Montagnacht wurden in Buenos Aires zehn Millionen Liter Gasolin durch Feuer vernichtet. Allem Anschein nach liegt Brandstiftung vor.

Wo steht der deutsche Beamte?

Der Berufsbeamte sollte eigentlich Mittler zwischen Regierung und Volk sein. Das war das richtige Verhältnis, das den früheren Beamtenkörper beim den Verwaltungsapparat auszeichnete. Seine Unabhängigkeit von den einzelnen Regierungen, deren jeweilige politische Stimmung auf die Stellung des deutschen Staatsbeamten keinen Einfluß ausüben vermochte, hat sich allerdings leider durch die Revolution gründlich geändert. Von jetzt trat die Parteistellung an die Stelle der Fähigkeiten des einzelnen, und ein selbständiger, unabhängiger Charakter wurde nun eher unterdrückt als gefördert.

Seitdem also herrscht der Parteibuchstabe als Stütze des Systems, während der fähigere Berufsbeamte machtlos den Verordnungen dieses Systems ausgeliefert ist. Aber wie lange noch? — Sollte die jetzige Regierung nicht schon allein aus den Preußenvahlen ihre Konsequenzen gezogen

haben? Wo sind die demokratisch-parlamentarischen Vertriebsparteien geblieben, die bisher immer so stolz auf ihren großen Beamtenanhang waren? Schon längst steht die überwiegende Mehrzahl der Beamten im Lager der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei! Längst hat der deutsche Beamte erkannt, was er von diesen Systemparteien zu halten hat und läßt sich daher nicht länger täuschen. Er weiß, und das hat er an eigenen Leiden zur Genüge erfahren, daß die Fortsetzung dieses Systems über weitere Enttarnungen und Not zur Verleumdung führen muß. Da aber die Verleumdung Bürgerkrieg bedeutet, tritt er entschlossen den gescheiterten Kräften entgegen und läßt sich trotz Terror nicht zurückhalten, miszuhandelt und zu kämpfen in den Reihen der Kämpfer für Deutschlands Zukunft, um dereinst wieder Diener eines geordneten „Dritten Reichs“, des nationalsozialistischen Volksstaates zu sein. Wir

Familien-Anzeigen

Geburten: 1. E. Gerh. Schumacher und Anni, geb. Reuter. —

Verheiratete: Hans Luchinger und Annemarie, geb. Schneider. — Dr. med. Hans Arnold Reuter und Renate, geb. v. Begead. —

Verlobte: Sonny Bartelmann mit Ernst Heinemann, Goethestr. 3. — Güte Feilbushen mit Fritz Kappelmann, Tannenweg 37. — Grete Hünede mit Wilhelm Dünemann. — Mia Kopp mit Heinz Bellgardt.

Verstarbene: Heinrich Kießel 57 J., Grödelinger Heerstr. 300. — Lilly Puch 52 geb. Schormann, 58 J., Richtigweg 22. — Paul Möller stud. math. et rer. nat., Johann Wilhelm Edm. sen. 25 J., Reiterstr. 4-5. — Marie Gubbe geb. Sörensen, 77 J. — Fritz Schilling veru. Kohl, geb. Goh, 72 J., Bornstr. 28. — Karl Böhl, 58 J., Hermann Kießel, 84 J., Louis Wehhausen, 67 J., Grödelinger Heerstr. 300. — Fritz Schilling, 72 J. — Fritz Meyer, 97 J., Bültschtr. 72. — Julius Weiermann, 83 J., Schwanenstr. 17. — Helene Frede, 41 J.

Ihre Verlobung geben bekannt

Lucie Steuber
Wilh. Weishaupt

Bremen,
Oberhausen (Rhld.), 22. Mai 1932
Hafenkamp 79 - Kein Empfang

Amtl. Bekanntmachungen

Nach dem Gesetz vom 12. Mai 28. 32. betreffend die Fortbildungspflicht der Eltern 1932 nach Beendigung der achtjährigen allgemeinen Schulpflicht beschäftigungslosen Jugendlichen, haben alle männlichen Jugendlichen, die in der Stadt Bremen wohnen, mit Ende des Schuljahres 1931 die fortbildungsfähigen Schüler besessen haben und der Fortbildungspflicht nicht schon auf Grund der bestehenden Gesetze unterliegen, an einen von der Behörde für die Fortbildungs- und Fachschulen an den Pflichtfortbildungsschulen einzurichten, den Unterricht teilzunehmen. Die Schulpflicht dauert bis zum Eintritt des Berufsverhältnisses, längstens jedoch bis zum Ende des Schuljahres 1932.

Die Erziehungsberechtigten (Eltern und Vormünder) sind verpflichtet, die ihrer Sorge unterliegenden schulpflichtigen Jugendlichen bis spätestens zum 21. Mai 1932 bei der Unterrichtsämter, Georgstraße 5, Zimmer 1 vormittags 9-11 Uhr, oder nachmittags außer Mittwoch und Sonnabend 3-6 Uhr, anzumelden.

Zugelassen: Ein Hühnerhof. — Zugelassen: zwei Kanarienvögel. Meldung innerhalb 3 Tagen im Fundamt, Polizeihaus, Zimmer 121. — Dem Tierheim des Bremer Tierchutz-Verein übergeben: drei Postarabunde ohne Hühnerbeinchen. Meldung innerhalb 24 Stunden im Tierheim, ehemalige Kläranlage, verlängerte Hemmstraße, Telefon Weiser 832 11, sonst wird über die Tiere verfügt. Polizeidirektion.

Freibankfleisch. Mittwoch, den 18. Mai, 10-12 Uhr, Schlachthof, Fleischabgabe an jedermann, solange der Vorrat reicht. Pfund 20-40 Pf.

Gerichtl. Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Emil Koppmann, all. Zub. der Firma Koppmann in Bremen, Paulenstr. 55-59, ist zur Abwendung des Konkurses am 17. Mai 1932, nachmittags 8.55 Uhr, das Vergleichsverfahren eröffnet worden.

Zur Vertrauensperson ist der Rechtsanwalt Dr. jur. S. Vergehen in Bremen, Am Markt 14, 1. Et., ernannt worden.

Vergleichstermin ist anberaumt worden auf den

10. Juni 1932,
nachmittags 4 Uhr,

im Gerichtshaus, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 84.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen liegen zur Einsicht der Beteiligten im Gerichtshaus, Zimmer 84, aus.

Zu obigem Termin werden die Gläubiger hiermit geladen.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Alfred Leopold Bauermeister, all. Zub. der Firma Carl Meinerzhagen und Dieder. Wth. Borchert u. Co. in Bremen, Vor dem Steintor Nr. 169-171, ist zur Abwendung des Konkurses am 17. Mai 1932, nachmittags 4.55 Uhr, das Vergleichsverfahren eröffnet worden.

Zur Vertrauensperson ist der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ernst Dühning, Bremen, Osterstraße 28-29, ernannt worden.

Vergleichstermin ist anberaumt worden auf den

16. Juni 1932,
nachmittags 4 Uhr,

im Gerichtshaus, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 84.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen liegen zur Einsicht der Beteiligten im Gerichtshaus, Zimmer 84, aus.

Zu obigem Termin werden die Gläubiger hiermit geladen.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Stadttheater

Heute

Donnerstag, 20. Mai, 18. Ab.-B.

Ende ungef. 22.30 Uhr

Fünfte Vorstellung

im Wagner-Spiel-Opus

Der Ring des Nibelungen

Vorabend: Das Rheingold

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Freitag, 20. Mai, 19. Ab.-B.

Riesig billige Seefische!

bei der Wärme das bekömmlichste Mittagessen:

Von frischen Zufuhren:

Hochfeiner

Capillau

Hochfeiner im Anschnitt

Seelachs

Schellfisch m. Kopf und im Anschnitt

Filet ohne Haut u. Gräten

Alle anderen Sorten billigt

Taglich frisch aus dem Rauch

Hochfeine

Bücklinge

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

ff. Schleibäcklinge, ger. Flusale, ger. Fluslachs

Handwerker suchen Arbeit!

Und wundern sich über schlechten Geschäftsgang.

Vergessen aber, es unseren Lesern mitzuteilen, daß sie da sind.

Inseriert in der BNZ

Oder scheuen Sie die kleine Ausgabe für eine Anzeige.

Reklame ist nicht teuer!

Es braucht nicht immer ein

Riesen-Inserat zu sein.

Unsere Pg. und Leser suchen Handwerker!

Verschiedenes

Mauer- und Zimmerarbeiten

Malergerüste

in guter und billiger Ausführung

Ang. u. P. 407 b. V.

Prima Badewannen

Prima Badeföten

Prima Gasherde

Sollau-Weinreich

Karlstraße 8

Verlangte

Für kath. nat. Haushalt wird zum 1.6. eine

tüchtige

Stütze

(kath. Parteigenossin) mit guten Kochkenntn. ges. Prima Zeugnis od. Empfehlung Bedingung.

Ang. u. P. 406 b. V.

Für so'ort eine

Flüchtl. Frau

M. Wobben

Rathenaustraße 19

Gesucht auf sofort

sauberes fleißiges

Mädchen

für 1/2-Tag mit nur besten Empfehlung.

Bülwerstr. 17

Gibt die

B. N. Z.

weiter!

Die nationalsozialistische Sonntagszeitung

bezieht jede deutsche Familie; sie ist reich bebildert u. bringt interessante Beiträge aus der Feder hervorragender Mitarbeiter.

Verbreitungsgebiet: Ganz Deutschland. Außordentlich hohe Auflagenziffer, deshalb

beste Insertionsgelegenheit.

</

Aus Bremen Stadt und Staat

Pfingstwunder
im Teufelsmoor!

Ich bin nicht abergläubisch und glaube auch nicht an Wunder, doch hat sich dieses während der Pfingstfeiertage geändert, in bezug auf „Wunder“. Eingedenk der schönen Versprechungen der System-Liter und Volkserdumner: „Jetzt beginnt ein Leben voller Schönheit und Würde“, hatte ich meinen Dampfer (Kanu) flott gemacht und vom Teufelsmoor eine herrliche Fahrt ins Teufelsmoor unternommen, in den Kreisen der Wasserratten ist die Bezeichnung „Wendellen“ bekannt, weil man da, am Ende der Welt, noch ein moorgekühltes „Saate-Red“ trinken kann.

1. Dort bei Wendellen, in „Gottes freier Natur“ muß man im Anblick der vielen Motor- und Sportboote mit den nur schwarz-rot-goldenen Flaggen, unwillkürlich an den oben genannten „Hollischen“ Spruch denken und es ist lebensgefährlich, eine schwarz-weiß-rote oder Kriegsfahne, geschweige denn die Fahne des kommenden Deutschlands zu führen. Zu friedlicher Entfernung von dieser „Eisernen Front“ hatte ich nun mein Lager aufgeschlagen und als ich am 1. Festtag im sanften Schlummer lag, wurde ich durch mir so vertraute Kommandos geweckt und durch meine müden Knochen ging ein Ruck: „SM. und SS. Hütchen an!“

Ich denke, mich läuft der Affel Waren denn die Motorverbände in der Pfingstkomme geschmiedet? Kann heute ich die Kommandos in dieser schwarz-rot-goldenen Sonntags-Kolonie“ vernommen, da war auch schon mein sonnenverbranntes Haupt unter Fernsicht heraus und nun konnte lieber Leser — — die Bannenen marschieren in 2 Gruppenkolonnen und spielen SM!

Als Kinder nahmen wir uns an unserer herrlichen Armee ein Vorbild und spielten auf der Straße „Soldaten“ und in der Einsamkeit des Teufelsmoors spielt die „Eiserne Front“ — SM!

Drahtlose Bildübertragung über 4500 km. In Ergänzung der gestrigen Meldung über die sensationelle Erfindung der Radio-Hypothese, die drahtlose Bildübertragung an Klischeeformen betreffend, wird noch mitgeteilt, daß nach einem neuerdings beim Norddeutschen Lloyd eingegangenen Telegramm von Bord seines am 19. Mai in New York eintreffenden Schnell dampfers „Bremen“ auch die weiteren Versuche der gleichen Art zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten glänzend gelungen sind. Die Entfernung, über die hinweg die drahtlose Übertragung der Fernlichter vor sich ging, betrug über 4500 km.

Parteiamtliches Redner-
und Schulungsmaterial

Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, sich in allen Fragen, die in unserem Kampf vorzukommen, zu schulen und auf den laufenden zu halten. Zu den kommenden Wochen und Monaten ist es von besonderer Wichtigkeit, nicht nur in allen grundsätzlichen Fragen genau Bescheid zu wissen, sondern auch in allen Fragen, betreffend die neuen Landtage, die neuen Regierungen, das Wirken unserer Parteigenossen in den neuen Landtagen und in den neuen Regierungen usw. Das geeignetste Mittel ist das parteiamtliche Redner- und Schulungsmaterial. Dieses stellt ein laufendes Schulungsmittel und ein dauerndes Referat- und Nachschlagewerk dar. Darin sind nicht nur alle grundsätzlichen Fragen, die in unserem Kampf vorkommen, sondern auch das Tun und Lassen aller anderen Parteien und die Intrigen, Geschehnisse usw., die wir und andere Parteien in den Parlamenten einbringen, behandelt. Das Material erscheint in archivarischer Ordnung in fünf Hauptabteilungen mit je eintausendseitiger Unterabteilung auf roten Blättern und durchlocht. Die Aufbereitung erfolgt in eigens dazu hergestellten Ordnern. Die Forderung kann laufend an jeden einzelnen Parteigenossen, der sich als solcher ausweist, erfolgen. Preis 5.— Mtl. kalendervierteljährlich und für die einmalige Anschaffung jedes Ordners 1.60 Mtl. Jeder Parteigenosse verlangt sofort die ausführliche Einführungsbrochure. Postkarte an: Fritz Reinhardt, Herrschaft am Ammersee, Reichsleitung, Propagandaabteilung II, Fritz Reinhardt.

Zum D-Zug-Unglück in Bremen

Zu dem schweren Eisenbahnunglück am 2. Pfingsttag wird uns von einem Augenzeugen und Kenner der Verhältnisse geschrieben: Nach meiner Ansicht ist der Unfall nicht auf die Hitz-Entwicklung zurückzuführen, sondern auf Ursachen, die ich am 16. 5. von 15.30—17 Uhr selbst auf dem Bahndamm festgestellt habe. Etwa 200 Meter vor der Brücke ist im Schienenstrang ein etwa 3—4 Meter langes Gleisstück eingeseckt. M. E. handelt es sich hier um keine fachgemäße Arbeit, was um so gefährlicher ist, als sich in nächster Nähe eine leichte Krümmung befindet, die den Schienenstrang näher an die Brüstung der Unterführung verlegt. Es ist selbstverständlich, daß sich ein solches Gleisstück, das dazu noch beiderseits eingelegt ist, niemals die Stabilität einer Schiene von normaler Länge hat. Die schwere D-Zug-Lokomotive hat also den ganzen Schienenverband ins Rollen gebracht, und die letzten Wagen sind durch das starke Schlingern entgleist. Dann ist der letzte Wagen, nachdem er das Haus (23) gestreift hat, auf den Brückentopf geworfen und dort festgeklammert, wodurch die Kupplung zum Speisewagen gerissen ist. Der ganze Zug muß schon ca. 150—200 Meter vor der Brücke stark geschlingert haben. (Sind dafür keine Zeugen da?) Außerdem muß der Unterbau nicht besonders fest gewesen sein, denn ein Schienenstrang darf in einer solchen Weise nicht hin- und hergerissen. Das wäre bei Stahlschienen wohl nicht passiert. Es ist wohl anzunehmen, daß schon vorher passierende Züge den Unterbau gelockert haben und der D 97 das Unglück herbeigeführt hat. Die Ursache bleibt aber immer das eingeseckte Gleisstück. Eine solche Ausbesserung ist nur bei Weichenanlagen statthaft, aber nicht auf freier

Strecke. Durch Hitze haben sich die Schienen nicht geworfen. Ich habe das Gespräch zweier Beamten — anscheinend höhere technische Beamte der Reichsbahn — gehört. Also: Auf die Hitze ist es nicht zurückzuführen, auch liegt keine Spannung in den Schienen vor. Diese Meinung ist auch durchaus logisch, denn jeder Schienenstoß (Stößenverbindung) hatte noch mehr als 5 Millimeter Zwischenraum. Kurz nach dem eingeleisten Schienenstück ist zuerst ein Wagen entgleist, jedenfalls wohl der Speisewagen.

Dahen Bericht stellte uns der Verfasser, Herr Gerd Bartels, früher Simonstraße 25, jetzt Eichenstraße 32, zwecks Abdrucks zur Verfügung. Der Verfasser möchte noch folgendes seinem Bericht zufügen: Ich sah an der Unfallstelle verschiedene Personen photographische Aufnahmen machen. Es wäre doch zweckmäßig, daß sich diese Leute unter Vorlegung ihrer Aufnahmen bei der Schiffsleitung melden würden, umso mehr, da jetzt ja schon der defekte Schienenstrang entfernt wird. Es wäre auch nicht uninteressant, die Passagiere der beiden letzten Wagen zu hören, ob der Zug schon ca. 200 Meter vor der Brücke ins Rollen geriet.

Die Staatsanwaltschaft hat Untersuchung
eingeleitet!

Zur Eisenbahnkatastrophe wird uns noch bekannt, daß die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen Unbekannt eingeleitet hat. Unsere Feststellungen wurden gestern im Laufe des Nachmittags von vielen Seiten bestätigt, während die Reichsbahn bei ihrer ersten Feststellung der Geistesverwirrung bleibt. Die Untersuchung wird eine Klärung bringen.

Redaktion der BNZ, jetzt Langenstraße 48.

Wir teilen unseren Lesern mit, daß wir unsere Redaktionsräume nach Langenstraße 48, 1. Treppe, verlegt haben, da durch die rasche Entwicklung der BNZ die Räume in der Papenstraße nicht mehr ausreichen. Verlag, Anzeigenabteilung und Geschäftsräume bleiben nach wie vor in der Papenstraße 15. Redaktions-Sprechstunden außer Sonntagen von 6—7 Uhr nachmittags.

Sittlerfilm in Bremen. Die Sektion Schwachhausen veranstaltet heute, Donnerstag, 19. Mai, 20.30 Uhr, in der „Concordia“, Schwachhauser Heerstraße, eine einmalige Vorführung des Films „Hitler-Rundgebung in Berliner Aufgärten“. Außerdem spricht voraussichtlich Pa. Korn, Hamburg. Alle Parteigenossen der benachbarten Sektionen sind hierzu willkommen. Eintritt frei!

Lehrgang über Rassefragen. Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, beginnt Pa. Dr. v. Hoff seinen 3. Lehrgang über Rassefragen im Antisemitischen Haus, Großenf. 77, (gegenüber Postmuseum). Die Teilnehmer werden um pünktliches Kommen gebeten.

Einbruch in ein Waffengeschäft. Aus einem Waffengeschäft der Knochenhauserstraße wurden nachts folgende Sachen gestohlen: drei bis vier Scheidemesser mit dreier Klinge, und folgende Pistolen: Walzer, Kommer, Lippert, Mauser.

Jugendlicher Leichtsin. Am Mittwoch abend kurz nach 20 Uhr sprangen drei halbwitze Burken in voller Kleidung von der Wehrbrücke in den Strom. Während zwei das linke Ufer wieder erreichen konnten, verließen den Dritten nach einigen Minuten die Kräfte. Er ging unter, Rettungsversuche wurden von einem Boot fort unternommen, blieben aber leider erfolglos.

Niehsche — ein germanischer Politiker? Die Jugend wendet sich erneut Niehsche zu. Der große Unzeitgemäße ist zeitgemäß geworden. Damit aber auch eine andere Betrachtung, die sich davon frei macht, Niehsche

abend: „Das Rheingold“. Freitag, gef. Vorhellung. Sonnabend, die entscheidende Kämpfe! Oper: „Kleider machen Leute“. Sonntag, 6. Abend im Wagner-Zyklus: Der Ring des Nibelungen, 1. Tag: „Die Walküre“. Montag, gef. Vorhellung. Dienstag: „Der Barber von Seville“. In Vorbereitung: Revolution gegen die Diner, plattdeutsches Lustspiel von Hans Balzer.

Spielplan der Vereinigten Theater

Von den Vereinigten Theatern wird uns geschrieben: Die beliebte Künstlerin Brigitte Helm trifft am Donnerstag, den 19. cr., mittags 13.17 Uhr von Hamburg kommend in Bremen ein und wird am Donnerstag, den 19. und Freitag, den 20. cr. im Metropol-Theater in jeder Vorstellung ihres Films „Die Gräfin von Monte Christo“ persönlich anwesend sein. Des großen Erfolges wegen wird dieser Film noch bis zum Montag, den 23. cr. einm. im Metropol-Theater verlängert. — 16. Freitag, den 20. cr. läuft im Kaiser-Theater und Balast-Theater der mit Spannung erwartete Ton-Großfilm „Sergeant X“; es ist dies der erste Juan Mosjulin-Film in deutscher Sprache. Der Film spielt in der nordafrikanischen Wüste und zeigt in erschütternden Bildern die schweren Kämpfe der Kolonialtruppen mit den aufständischen Arabern. Die Aufnahmen wurden an Ort und Stelle vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Expedition, die unter der Leitung des Regisseurs Striessnig mit Juan Mosjulin, Bruder von Moslo, Freg. Voss u. a. in Nordafrika weiste, um ein Paar ungelommen. Sie wurde von einem Wüstenfremden überrascht, der Regisseur und Darsteller in die größte Gefahr brachte. Die Expedition, die sich zur Zeit des Schicksals zwei Tagereiten weit von der nächsten menschlichen Niederlassung befand, wurde nur durch einen Zufall von einem Militär-Detachement aufgefunden und unter großen Schwierigkeiten nach Tunis gebracht. — Im Apollo-Theater und Ganja-Theater gelangt ab Freitag, den 20. cr. ein erotisches Erlebnis in den Urwald, dem Borneos unter dem Titel „Die weiße Gefangene des Maharadschahs“ (Das Ende von Marado) zur Vorführung. In die heimliche Wildnis der Urwälder Borneos mit ihren vielen Gefahren führt dieser Tonfilm in deutscher Sprache. Er zeigt Bilder von nie gesehener Schönheit mit ungeheuren und phantastischen Szenen im Rahmen einer fesselhaften spannenden Handlung.

Rundfunk

Donnerstag, 19. Mai. 16. Deutsche Jugendsunde. 16.30 Nachmittagskonzert. 17.30 Deutsch-Scandinavische Gesänge. 17.55 Frühlingskonzert in der Roggwell. 18.30 Vortrag. 18.55 Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. 19. Aktueller Dienst. 19.15 Wetterbericht. 19.30 Junge Frau im Haus. 21. Konzert. 22. Nachrichendienst. 22.20 Deutsche Tanzmusik.

Freitag, 20. Mai. 5.45 Wetterbericht. 6. Morgengymnastik. 6.15 Wetterbericht. 6.30 Morgengymnastik. 7. Zeitungsab. 8.15 Ungeziefer-Berichtung. 10.50 Nachrichendienst. 11.30 Mittagkonzert. 13. Zeitungsab. 13.30 Vorfunk. 13.10 Wetterbericht. 13.20 Schallplatten. 14. Nachrichendienst. 14.10 Punkte Klatten. 15. Vorfunk. 15.40 Schiffsahrtssunk.

Stadttheater. Heute Donnerstag, 5. Abend im Wagner-Zyklus: Der Ring des Nibelungen, Vor-

Hitler und Strasser
sprechen
Am Sonntag alles nach Oldenburg

Kartenverkauf in den Geschäftsstellen Rembertstr. 31 und Papenstr. 15.

Es werden Gutscheine zum Preise von 5.— bis 0.50 ausgegeben, die am Sonntag in die Eintrittskarten umgetauscht werden.

Die Gutscheine müssen bis Freitag nachmittags 4 Uhr, bestellt und bezahlt sein, da sonst Eintrittskarten in Bremen nicht ausgegeben werden.

Von Bremen fahren Sonderzug und Omnibusse, deren Abfahrzeiten noch

bekannt gegeben werden. Omnibusfahrten zum Preise von 2.80 Mtl. (Ein- und Rückfahrt) sind gleichfalls in den Geschäftsstellen Rembertstr. 31 und Papenstr. 15 zu haben.

Da die Veranstaltung auf dem Rennplatz Oldenburg-Schiffede stattfindet, ist Gebühre dafür geboten, daß auch nach Oldenburg Karten an der Tageskasse zu haben sind.

Erwerbslose erhalten dort gegen ihren Ausweis freien Eintritt.

25
Jahre

Chlorodont

Zur Zahnpflege und zur Erlangung schöner weißer und gesunder Zähne von mehr als 6 Millionen allein in Deutschland täglich im Gebrauch.

Deutsches Arbeiterertum

Ist die NSDAP. eine Arbeiterpartei

Von Graf E. Reventlow

Es geht schon hoch in das Komische hinein, wenn man immer wieder feststellen kann, einen wie tiefen Schmerz es für die beiden marxistischen Parteien bedeutet, daß die NSDAP. sich Arbeiterpartei nennt. Alles andere wäre sonst nicht so schlimm gewesen, aber eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, die die Nationalsozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, — das ist nicht zu ertragen! Da ist es Pflicht, das Blaue vom Himmel herunter zu legen, damit nur die Arbeiter nicht glauben und nicht sehen, daß es wirklich eine Arbeiterpartei ist, und daß eine wirkliche Arbeiterpartei internationalistisch gar nicht sein kann, sondern im Gegenteil nationalistisch sein muß.

Wenn man das in Versammlungen und Presse vor zehn Jahren behauptete, besonders vor Arbeitern, so begegnete solche Ausführungen im besten Falle traurigem Unglauben oder allgemeinem Hohn bei den Arbeitern. Es war eine Behauptung, die man theoretisch aufstellen und auch beweisen konnte, aber man hatte noch keine Erfahrung auf diesem Gebiet, mochten wir auch unserer Sache und ihrer Richtigkeit vollkommen sicher sein. Heute aber haben wir in Deutschland eine lange Erfahrung und zwar eine denkbare solche Erfahrung zur Verfügung. Diese Erfahrung bildet eine einzige schwere Last gegen jene Politik und Wirtschaftspolitik der deutschen Republik, die seit einem Jahrzehnt und länger in Deutschland geschrieben worden ist. Der Sozialdemokrat antwortet auf diese Forderung regelmäßig: Genieß, es sei manches nicht so geworden, wie es wohl hätte werden sollen. Wohlstand gäbe man ohne weiteres zu. Solche behauerliche Erklärungen werden aber niemals eingetretten sein, wenn die Sozialdemokratische Partei allein und unabhängig ihre soziale Politik und Wirtschaftspolitik hätte treiben können. Niemals seit dem Untergang der SPD. dazu imstande gewesen, immer habe sie in Koalitionen mit anderen Parteien gestanden und deshalb gescheitert. — So viel Bejahungen, so viel Ängste!

Im November 1918 fand die sozialdemokratische Partei erst mit den „Unabhängigen“, dann ohne sie, vollkommen unabhängig da, sie konnte diktatorisch verfahren, denn sie herrschte unumwunden, ihre „Volksbeauftragten“ — die wirklich alles in der Hand. Sie versprachen alles, aber taten nichts. Gleich in jenen Novembertagen versprachen sie in feierlichen Auftritten: Die Sozialisierung des Bergbaus sei beschlossene Sache und werde demnächst durchzuführen in Angriff genommen werden. Man hat es niemals auch nur versucht. Die anderen allgemeinen großartigen Versprechungen von Freiheit und Brot kann ich übergehen, es ist genug davon gesprochen worden. Auch Kapitalbesitzer und Ausländer sollte bestraft werden, so wurde versprochen. Ja, man versuchte es so oft und so öffentlich, bis die großen Entwürfe und Kriegsgewinner ihr Geld außer Landes gebracht hatten.

Also, während der Wintermonate 1918-19, als die SPD. ganz frei schalten konnte wie sie wollte, hat sie auf sozialem Gebiet und für den Arbeiter nichts getan, aber auch gar nichts, obgleich gerade auf diesem Gebiet notwendig genug zu tun war und getan werden konnte. Herr Scheidemann erklärte in jenem Winter einmal über das andere: „Nur Arbeit kann uns retten!“, aber dabei wagten die Herren „Volksbeauftragten“ nicht, mit irgendwelchen Maßnahmen vorzugehen, damit die nötige Arbeit für die Ernährung der Bevölkerung getan würde. Im Laufe des ersten Halbjahres 1919 trat dann die sogenannte Nationalversammlung zusammen, die SPD. hatte sich inzwischen mit der damals sehr starken Demokratischen Partei verbunden, weil sie sich zu schwach fühlte, allein zu stehen. Dazu kam bald das Zentrum. Diese Parteien, nicht lange darauf auch in Koalition mit den Mittelparteien, haben dann die Geschichte des unglücklichen deutschen Volkes, in erster Linie damit des deutschen Arbeiters, nach ihrem Belieben geführt. Niemand konnte von sozialer Wohlfahrt den Mund voll nehmen, als sie, — aber was haben sie getan?

Die Sozialdemokratie weiß wohl um diese ihre schwere Schuld dem arbeitenden Volk gegenüber und es ist das schlechteste Bewußtsein, welches die Führer der SPD. immer wieder treibt, von neuem zu sagen: Ja, wenn wir gekonnt hätten, aber wir waren ja nicht frei, wir konnten ja nicht wie wir wollten!

Diese Leute rechnen darauf und leben vielfach mit Recht, daß ein großer Teil der Handarbeiterschaft der SPD. noch immer blind vertraut, und alle jene Verträge und Gesetze, Konferenzen usw. und die Haltung der SPD. zu ihnen gar nicht kennt! Diese Rechnung ist wohl richtig, deshalb hat man den Arbeiter in der SPD.-Presse in allen diesen Jahren die Hude vollgezogen. Eines aber hätte der SPD.-Arbeiter, hätte das Gewerkschaftsmittel doch wohl begreifen können, jedenfalls hätte sich ihm die Frage aufgeworfen:

Wenn: Ob denn nicht doch, wenn schon zu Koalitionen gezwungen, die SPD. bei ihrer großen Stärke im Reichstag, auf alles, was dort an solchen Gelegenheiten geplant und gemacht wurde, einen geradezu maßgebenden Einfluß besitzen mußte? So ist es in der Tat kein sozialpolitisches Gesetz, kein wirtschaftliches, kein innerpolitisches und kein außenpolitisches, ist auf diesem Gebiet zustande gekommen ohne maßgebende Beteiligung der Sozialdemokratie, keines hätte zustande kommen können gegen den Willen der SPD.

Arbeiter und Autarkie

Neuerdings sucht man die Arbeiterschaft mit den sogenannten Autarkiebestrebungen der Nationalsozialisten zu schrecken. Dies Schlagwort vermag aber nur jene zu beunruhigen, die sich entweder mit diesen Fragen noch nicht beschäftigt haben oder die aus persönlichen Vorurteilen und Eigennutz die Zustände, die wir jetzt haben, erhalten wissen möchten.

Unter ganzes wirtschaftliches Tun und Lassen steht ein halbes Jahrhundert war von weltwirtschaftlichen Bestrebungen und Rücksichten, war von weltwirtschaftlichen Vorstellungen und Lehren bestimmt. Und der Erfolg? — Sechs Millionen Arbeitslose! Ein Prozentiges Brachliegen unserer wirtschaftlichen Erzeugungsfähigkeit! Ein darbenendes und verzweifendes Volk! Wachsende Forderungen und Abwehrungen, Drohungen und Beschränkungen auf dem Weltmarkt. Eine unaufhaltsam wachsende Verengung der weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten!

Es muß also doch wohl ein Fester in der Rechnung sein! Und wir meinen, ein ganzesloses Fortfahren in den alten Bahnen sollte mehr abschrecken und sollte bedenklischer sein, als der Versuch, aus den gegebenen Verhältnissen, aus Wirtschaftszusammenhang und Wirtschaftswelt zu gehen und nach neuen Wegen Umschau zu halten!

Es ist uns nicht mehr möglich, für unsere Erzeugnisse auf dem Weltmarkt Absatz zu finden, so bleibt nichts anderes übrig, als unsere zu einem großen Teil auf den Export zugeschnittene Erzeugung auf den Binnenmarkt umzustellen. Das ist eine einfache Aufgabenstellung und alle Versuche interessierter Kreise, diese Dinge aus der Welt zu fernhalten, zu wischen, sind vergeblich!

Daß der Weltmarkt den deutschen Arbeitern keine genügende Beschäftigung mehr zu geben vermag, sollte durch das täglich aufschwellende Meer unserer Arbeitslosen allmählich jedem zum Bewußtsein gekommen sein. Und wer die mit der Jahrhundertwende einsetzende und durch den Krieg treibhausartig gesteigerte Industrialisierung der Rohstoffländer, die sonst Absatzgebiete für die europäischen Industrien abgaben, der weiß, wie fächerförmig es so darstellbar, als seien alle die Hemmnisse auf dem Weltmarkt. Die Zollschranken, die Kontingentierungen, die Einfuhrbeschränkungen und -verbote usw. nur bedauerliche Zeitmarker und vorübergehende Beschränkungen, die über kurz oder lang wieder dem reinen Freihandelsdogma weichen müssen.

So liegen die Dinge wirklich nicht! Indien, China, Japan, Süd-Amerika, Süd-Afrika, die Vereinigten Staaten — alles Länder, die noch vor wenigen Jahrzehnten den Absatzmarkt für europäische Industrieprodukte bildeten, bieten jetzt nicht nur mehr oder weniger freien Bedarf an Industrieprodukten im eigenen Land, sondern treten auch als Erzeuger auf dem Weltmarkt auf. Sie fallen also nicht nur als Absatzgebiete aus, sondern verlangen sogar den noch verbleibenden Absatzmarkt durch ihr eigenes Angebot an Halb- und Fertigfabrikaten.

Es ist darum Pflicht jeder wirtschaftlichen und verantwortungsbewußten Staatsführung, die Forderungen aus diesen Tatsachen zu ziehen und dafür zu sorgen, daß der Binnenmarkt der deutschen Erzeugung in ganz anderem Maße als bisher erschlossen wird.

Voraussetzungen dafür sind einmal eine Umstellung der Produktion und weiter eine gewisse Umstellung im Verbrauch. Wir müssen lernen, auf manche Einfuhrgegenstände zu verzichten, um dafür deutsche Erzeugnisse zu gebrauchen. Wir werden vielfach für einige Zeit auf den Genuß von Apfelsinen, Bananen, Kakao und dergleichen verzichten müssen, hätten dafür aber die Gewißheit, daß wir wieder geregelte Arbeitsmöglichkeiten und damit feste und sichere Lebensverhältnisse bekommen!

Jeder vernünftige Arbeiter wird gern auf das Vergnügen verzichten, sich für eine Stempelgröße einen ein paar Apfelsinen oder Bananen oder dergleichen zu leisten.

Und das ist das Entscheidende für die Beurteilung der sozialdemokratischen Partei!

Diese Partei rühmt sich noch heute, daß sie im Jahre 1924 die verhängnisvollen Dawes-Gesetze im Reichstag durchgebracht hat, dabei haben diese Gesetze in erster Linie die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeiter in die Sklaverei des internationalen Kapitalismus, mit vollem Bewußtsein, gebracht, außerdem recht eigentlich den Grund zu der furchtbaren Arbeitslosigkeit gelegt.

gleichen — für wirklich notwendige Sachen reichen ja die Bettelstämme nicht! — laufen zu können, wenn er dafür in die Lage versetzt wird, wieder gute und gehaltvolle Inlandserzeugnisse zu erhalten.

Welche Kaufkraft für den deutschen Binnenmarkt frei wird, wenn es gelingt, die Einfuhr an entbehrlichen Gütern zu unterbinden oder den deutschen Verbraucher so zu erziehen, daß er in jedem Falle entsprechende deutsche Erzeugnisse den Importgütern vorzieht, zeigt folgende Aufstellung aus dem Jahre 1929, das noch nicht unter den Einwirkungen der später einsetzenden Krise stand.

Wir führten ein (in Millionen Reichsmark):

Kaffee	309
Süßfrüchte (Apfelsinen, Bananen usw.)	250
Obst	214
Getreide (bes. Frühgetreide)	135
Kartoffeln (bes. Frühkartoffeln)	42
Wier, Wein, Spirituosen	80
Seide, Seidenwaren	150
Kaviar und ähnliche Lederwaren	35

1215

Im gleichen Jahre führten wir ferner ein an Butter für 457 Millionen RM., an Eier für 280 Millionen RM., an Mais für 118 Millionen Reichsmark.

Diese Summen könnten die deutsche Produktion befriedigen, könnten die Landwirtschaft und andere heimische Produktionszweige wieder rentabel machen, die dadurch in die Lage versetzt würden, als Käufer auf dem Binnenmarkt aufzutreten. Die geleistete Nachfrage auf dem Binnenmarkt würde der gesamten Produktion wieder neuen Antrieb geben, neue Arbeitskräfte würden eingestellt, die ihrerseits wieder neue Nachfrage und neue Kaufkraft auf den Markt bringen — und jene Wirtschaftsanturbelung wird zur Last, von der man drei Jahre lang ohne auch nur den kleinsten Erfolg geredet hat!

Diese Erkenntnis von der unabwendbaren Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Umstellung und einer Abkehr vom blinden Glauben an die „Weltwirtschaft“ ist es, was man als unsere „Autarkiebestrebungen“ bezeichnet und denen man die angereizten Dinge unterschreibt. Wir denken nicht daran, lebenswichtige Rohstoffe, auf die wir unter den gegebenen technischen Verhältnissen noch angewiesen sind, wie Baumwolle, Gummi, Erze, Rohöl und dergleichen von der Einfuhr auszuscheiden. Wir könnten nicht einmal den Versuch machen, ohne wesentliche Züge der Produktion sofort zum Erliegen zu bringen.

Aber wir wollen uns wirtschaftlich so weit wie möglich aus jener engen weltwirtschaftlichen Verflechtung lösen, die als das Ideal liberalen Wirtschaftslebens gilt und die doch mit jedem Tag größeren Unlud über jene Nationen bringt, die nicht die Kraft finden, sich aus dieser unheilvollen Verflechtung zu lösen. Und wenn vom Volk, wenn vom Arbeiter etwa das Opfer eines Verzichts auf irgendein gewohntes Genussmittel gefordert wird — nun, der Verzicht, den wir heute noch freiwillig und aus eigener Erkenntnis leisten, er wird uns vielleicht morgen schon von der bittersten Not aufheben!

Heute, in allererster Stunde, können wir noch freiwillig unsere Einfuhr und Ausfuhr so lenken, daß wir den Vorteil davon haben, daß wir den Binnenmarkt planvoll gestalten, daß wir für das, was wir auf der einen Seite ausgeben, doppelten Ertrag auf der anderen Seite finden. Morgen reicht uns der Strudel des Weltmarkterfolgs in den Abgrund, morgen werden wir ohne die Möglichkeit eines Verzichts auf das vergiftete Maß, was wir heute nicht freiwillig opfern wollten!

Es sind schlechte Propheten gewesen, die dem deutschen Arbeiter Vollerwerbsbeschäftigung und Weltwirtschaft gepredigt haben, die Liberalen und Marxisten! Sechs Millionen Arbeitslose! Ein verzerrtes und verhungertes Volk! Arbeitslosigkeit und Elend! Nach innen und nach außen unfrei und rechtlos!

Wißt du den jenen Propheten noch länger folgen, deutscher Arbeiter?

Sie haben dir Paradiese versprochen und haben die Opfer angesetzt!

Wir versprechen dir kein Paradies. Wir sagen dir, daß die Not der Zeit Opfer erfordert und daß auch du deutscher Arbeiter, schaffend Hand anlegen mußt, um die Not zu überwinden. Aber wir zeigen dir auch den Ausweg.

Og

Aus Stalins Reich!

Deutsche Kommunisten, die im Glauben an den Scheinbild vom Sowjet-Paradies nach Rußland zogen, schreiben von ihrem neuen Arbeitsplatz in Enttäuschung und Empörung über die Zustände, die sie dort in Wirklichkeit antreffen, folgenden Brief an die Vertretung der KPD in Moskau, der für sich selbst spricht:

Scharan, 3. August 1931.

Wir halten es für unsere Pflicht, Euch Genossen in Moskau davon Mitteilung zu machen, mit was für Verhältnissen wir zu kämpfen haben, auf die nicht einer von uns gerechnet hat und trotz vieler erfolglosen Beschwerden nicht abgeändert worden sind. Zuerst Wohnungsverhältnisse:

Wir sind zuerst in Baracken untergebracht worden, wo mehrere Familien in einem kleinen Zimmer tagelang zusammen wohnen mußten. Erst nach schweren Kämpfen konnten wir erreichen, daß wir in ein Holzhaus kamen. Es wurde uns versprochen, innerhalb drei Wochen in ein Steinhaus zu überziehen, was aber nach unseren Feststellungen überhaupt nicht in Frage kommt.

Die Lebensmittelfrage ist die denkbar schlechteste. Man verlangt von uns, wir sollen uns unter allen Umständen den russischen Verhältnissen anpassen.

Es wird uns zugemutet, mit einem stillstehenden Brot zehn Stunden zu arbeiten. Die Eier sind hier so beschaffen, daß wir im günstigsten Falle die Hälfte fortwerfen müssen.

Vom Vertreter des Auslandsbüros sind wir immer verdrängt worden, und als wir etwas anders vorgingen, erklärte er uns, es ginge ihm nichts mehr an, er hätte die Angelegenheiten der Deutschen in diesem Falle abgeben. Es fällt uns schwer, der ganzen Sache auf den Grund zu gehen, da wir die russische Sprache noch nicht beherrschen.

Seit dem 1. August soll hier eine Verkaufsstelle für uns eröffnet werden, die Waren sind bereits vorhanden, aber verkauft wird nichts, so daß wir vollständig ohne Lebensmittel sind, da wir in den anderen Verkaufsstellen nichts mehr bekommen. Wenn wir unter diesen Umständen hier weiter leben sollen, so könnte es leicht der Fall sein, daß wir in kurzer Zeit geschloffen in Moskau einstreifen, denn Mängel nimmt all dieses mit einem höhnischen Achseln zucken.

Werden dieses Schreiben den Genossen Jannit und Müller übergeben, welche diese Angelegenheit Euch noch ausführlicher mitteilen können.

(Unterschriften.)

Die mündliche Übereinstimmung der vorgelegten Abschrift mit dem hier vorgelegten Originalen wird hiermit beglaubigt.

Moskau, 10. August 1931.

Der mit der Wahrung konsularischer Geschäfte beauftragte Deutsche Vizekonsul in Vertretung Pfeiffer Legationssekretär an der Deutschen Botschaft.

Weißt Du, daß

die Kommunen des Deutschen Reiches im Etatsjahr 1931 bis 1932 ein Defizit von 354 Millionen Reichsmark hatten?

Dieses Defizit voraussichtlich im laufenden Etatsjahr sich um weitere 750 Millionen Reichsmark auf 1 104 Milliarden Reichsmark erhöhen wird?

das Defizit des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts der deutschen Republik zu Beginn des Etatsjahrs 1932 1 400 Milliarden Reichsmark beträgt?

Industrie und Landwirtschaft mit zusammen 36 Milliarden Reichsmark an das internationale Finanzkapital verschuldet sind?

der Durchschnittszinssatz vor dem Kriege 4 Prozent betrug und jetzt auf das Doppelte, nämlich 8 Prozent, gestiegen ist?

mitteln allein 2,8 Milliarden Reichsmark jährlich nur für Zinsen — ohne Amortisation und Schuldverpflichtungen — an das Finanzkapital gezahlt werden müssen?

zurzeit nur 30 Pct. der deutschen Produktionskapazität ausgenutzt werden und daß trotzdem die „Wirtschaftsführer“, unter deren „Führung“ ein derartiger Verfall entstehen konnte, den Ruf aufbringen, von ihren bewährten Wirtschaftsprinzipien in Presse und Versammlungen zu reden?

wir im Jahre 1929 so viel fremde Tuche einführten, daß 30 mittlere Betriebe davon ein Jahr lang hätten beschäftigt werden können?

Volk und Wirtschaft

Unser Vormarsch in den Betrieben!

Erfolge bei Betriebsratswahlen.

Die SPD. und das Kabinett Brüning hatten in Angst vor dem erwachenden Deutschland durch Notverordnung die diesjährigen Betriebsratswahlen verboten, damit die Welt nicht sehen sollte, daß die SPD., die stärkste Stütze der Regierung Brüning, täglich mehr und mehr Boden in den Betrieben an die NSDAP. verliert, und daß der deutsche Arbeiter in hellen Scharen zu Adolf Hitler kommt.

Das tägliche Mittel wird, ebenso wie alle die anderen Verzweigungsmandate des sterbenden Systems, sich gegen seine Urheber kehren und der SPD. so wenig Freude machen, wie dem Herrn Goerner das EM-Verbot.

An verschiedenen Orten mußten infolge Nichttritts des alten Betriebsrates, Schließung und Wiedereröffnung des Betriebes oder aus ähnlicher Veranlassung Neuwahlen des Betriebsrates erfolgen, die ein beachtenswertes Licht auf die Umstellung werfen, die unter den Arbeitern vor sich geht. Wir bringen folgende Resultate:

Altkar-Werke A.-G.

Schachtanlage Viktor 1/2 in Caßrop-Kauzel. Es erhielten von 187 wahlberechtigten Stimmen:

NSDAP.	69 Stimmen (3 Sitze)
Christl. Gewerkschaften	42 Stimmen (2 Sitze)
Freie Gewerkschaften	21 Stimmen (1 Sitz)
Insgesamt	4 Stimmen

In der Waggonfabrik Herbergen-Niederrhein, in der wir bisher überhaupt nicht vertreten waren, erzielten wir folgendes Ergebnis:

Marxistisch-Christl.	Stimme (1 Sitz)
Nationale Sozialisten	44 Stimmen (2 Sitze)

Im Arbeiter- und Betriebsrat erhielt je ein Parteigenosse das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden.

Jede Friedrich-Heinrich-Einfahrt.

Es erhielten:

Die freien Gewerkschaften	1075 Stimmen
Die Christl. Gewerkschaften	778 Stimmen
Die NSDAP.	1046 Stimmen
Die Stille „Deutscher Arbeiter“	73 Stimmen
Nationale Sozialisten	409 Stimmen

(bisher 246 Stimmen)

Bieper u. Blum, Düngelalkwerke, Lüneburg. Liste 1 Freie Gewerksch. 37 St. 2 Sitze. Liste 2 Nat. Sozialisten 38 St. 2 Sitze. Den Betriebsratsvorsitzenden stellen die Nationalsozialisten.

Chla-Werke, Berlin-Weiß.

Auch hier ist der „Einbruch in den Marxismus“ gelungen. Der Zahlenanfall war: Liste 1 Freie Gewerkschaften 301 Stimmen. Liste 2 Nationale Sozialisten 107 Stimmen. Stimmenhaltungen 59 Stimmen. Ungültig 6 Stimmen.

Zum 17. Verbandstag der Buchbinder.

Der bekannte frühere Führer der Freien Gewerkschaften, Emil Kloth, der 15 Jahre lang Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes war, veröffentlicht aufsehenerregendes Material über die Zustände in dieser Organisation, die am 22. Mai in Leipzig ihren 17. Verbandstag abhielt.

Neben dem Mitgliederstand berichtet er: „Einmal zählte der Verband rund 100.000 Mitglieder. Ende 1929 dagegen nur noch 58.574. Ende 1930 nur noch 54.795, und Ende 1931 nur noch 49.485 Mitglieder. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat der Verband also 9089 Mitglieder verloren, und seit 1922 sogar über 50.000.“

Die Finanzverhältnisse im Verband schildert er wie folgt: „Im Jahresbericht des Verbandsvorstandes über 1930 wird das Verbandsvermögen mit 3.125.681 Mark angegeben. Nach den Quartaalsberechnungen hat der Verband im Jahre 1931 eine Mehrausgabe von 793.618 Mark gehabt. Welches also am Jahreschluß ein negatives Vermögen von 2.332.062 Mark.“

Mit diesem „nominalen Verbandsvermögen“ hat es aber eine eigene Abendmahlzeit. Es besteht in der Hauptsache aus zwei eigenen Verbandshäusern, die beide erheblich überwertet sind, das Berliner Verbandsgebäude allein mit rund 350.000 Mark! Das effektive Verbandsvermögen ist aber erheblich niedriger als das augenscheinliche!

Weiter schreibt Kloth über die Vorgesetzten: „Die persönlichen Verwaltungskosten sind gegenüber der Fortschrittszeit in unerwartend hoher Weise gestiegen. Damals konnte nur der erste Verbandsvorsitzende ein Gehalt von 3000 Mark erreichen, heute lassen sich die beiden Verbandsvorsitzenden sowie der Redakteur 7800 Mark, also mehr als das Zweifelhafte, als Gehalt für ihr „Führertalent“ zahlen. Bei den übrigen Verbandsangehörigen ist es ähnlich.“

Damit nicht genug, bewilligen sich die Herren Verbandsangehörigen statt 9 und 6 Mark, was es

früher war, jetzt 25 und 19 Mark Tagesdiäten für Sitzungen und Reisen; ja sogar für Sitzungen im Verbandsbüro, wo sie gar keine Unkosten haben, 250 Mark pro Sitzung. Auch in Krankheitsfällen ist für die Herrschaften vorzüglich gesorgt, ohne daß sie einen Pfennig Beitrag an die „Krankenkasse“ des Verbandsvorstandes zu zahlen haben. Krankheitsunterstützung an einen (1) Angehörigen des Verbandes 2143,20 Mark — heißt es daher leuchtendend in dem Jahresbericht 1930, Seite 154. Für ihr Alter ist gleichfalls vorzüglich gesorgt: 80 v. H. ihres Gehalts als Ruhegehalt beziehen sie allein von der „Unterstützungsvereinigung“ der Angehörigen in der Arbeitsbewegung und von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Als ich dies feinerzeit in der Presse kritisierte, da erschienen seitdem keine Abrechnungen der Unterstützungsvereinigung mehr in der „Gewerkschaftszeitung“.

Die Mitglieder dürfen eben nicht wissen, welche tiefen Bezüge ihre Vorgesetzten empfangen. Die bedeutsamen Ausführungen von Kloth zeigen mit aller Deutlichkeit, was die roten Bögen aus den Gewerkschaften gemacht haben! Und diese Leute, die die Stabsorganisationen der Arbeiter in Grund und Boden gewirtschaftet haben, wagen den Nationalsozialisten vorzuwerfen, sie seien Feinde der Gewerkschaften!

Wer hat den Gewerkschaften mehr geschadet als die sozialdemokratischen Führer? Wer hat sie durch parteipolitischen Mißbrauch ihrer eigentlichen Aufgabe mehr und mehr entfremdet? — Was finden denn die Gewerkschaften jetzt noch? Nichts anderes als schwerfällige, erstarre, zum Selbstmord gewordene ungeheure bürokratische Apparate, die die Arbeiterschaft nur belasten.

Und wenn wir sie kritisieren und ihre Fehler aufdecken, so tun wir das nicht aus „Gewerkschaftseindlichkeit“, sondern es geschieht, um diese Organisationen aus ihrer Erstarrung und parteipolitischen Verengung zu lösen, sie wieder mit lebendigem Geiste zu erfüllen und sie dem Leben von Volk und Staat einzugliedern. —

Warum Joar Kreugers Selbstmord geheim gehalten wurde

Große Aktienverkäufe in der Zwischenszeit.

Stockholm, 18. Mai. In der Angelegenheit der Begleitumstände von Joar Kreugers Selbstmord werden weitere außerordentlich aufsehenerregende Einzelheiten bekannt. Joar Kreuger sollte sich damals in Paris um 12 Uhr an einer wichtigen Besprechung befinden, auf der er die Regierung über die Finanz-

steile Lage des Konzerns ablegen sollte. Als er nicht erschien, begab sich der stellvertretende Generaldirektor Vittorin in Kreugers Wohnung, wo er ihn tot aufsand. Vittorin lebte etwa noch eine Stunde zur Konferenz zurück und teilte allen Mitgliefern den Selbstmord mit.

Die Frage, auf wessen Anweisung die Nachricht vom Tode Joar Kreugers sieben Stunden lang geheim gehalten wurde, ist noch nicht geklärt. „Allchanda“ führt hierzu folgende bedeutenden Kommentare hinzu: Erstens muß als sicher gelten, daß die erste Version von Kreugers Tod unwirksam war; zweitens hätten eine ganze Reihe von Personen schon am Mittag vom Selbstmord gewußt, nämlich die französischen, englischen und amerikanischen Bankiers, die an der Konferenz teilnahmen. Die schwedische Zeitung nennt im besonderen Direktor Durant von der New Yorker Bankfirma Lee Higginson und läßt durchblicken, daß einige Bankiers mit den tiefsten Verläufen von Kreugerpapieren in Verbindung stehen, die — ehe die Todesnach-

richt allgemein bekannt wurde — und ehe die Kunde katastrophal zurückgingen — in Amerika und Europa stattfanden.

Die internationalen Bank- und Börseleute wissen eben aus jeder Blüte Honig zu saugen.

Russische Konkurrenz für die deutsche Fertigungsindustrie

Mit den Lieferungen der eisenverarbeitenden Industrie wird Rußland mehr und mehr in die Lage veretzt, der deutschen Fertigungsindustrie Wettbewerb zu machen. Diese Gefahr zwingt dazu, unter allen Umständen der Fertigungsindustrie nach Rußland den Vorrang vor der Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten einzuräumen.

Sehn Millionen Liter Gasolin in Flammen.

Buenos Aires, 18. Mai. In der Montag nacht wurden in Buenos Aires zehn Millionen Liter Gasolin durch Feuer vernichtet. Allen Anschein nach liegt Brandstiftung vor.

Unverbesserlich!

Arbeit schafft Kapital!

Gewissen unbelehrbaren wirtschaftsliberalen Arbeitgeber ins Stammbuch!

Raum macht sich sogar bei den Freien Gewerkschaften eine Reaktion bemerkbar, sich von den verrotteten Doktrinen des SPD-Maximus loszulösen und unter teilweiser Übernahme nationalsozialistischer Parolen Wege zur Neugestaltung der deutschen Volkswirtschaft zu suchen, fähig die offiziellen Vertreter des Unternehmertums verpflichten, eilt den Beweis dafür anzutreten, daß sie, im Gegensatz zu der beginnenden Dämmern in einigen Gewerkschaftsführern, nichts, aber auch gar nichts gelernt und alle furchtbaren Erfahrungen der letzten Jahre wieder vergessen haben.

In Nr. 19 der Deutschen Arbeit. aberzeitung fählt man sich verpflichtet, gegen die Arbeitsbeschaffungspläne der Gewerkschaften Sturm zu laufen, die — von der Finanzierung durch die Sparprämienanleihe abgesehen — im wesentlichen auf vom Nationalsozialismus „abgenommenen“ Gedanken gängen beruhen. Angehängt auf eine falsche und lüdenhafte Unkostenberechnung, bringt die „Deutsche Arbeit. aberzeitung“ am Schluß ihrer Ausführungen einen Satz, der blickartig die ganze Kümmerlichkeit der wirtschafts-

wissenschaftlichen „Erkenntnisse“ dieser Herrschaften beleuchtet:

„Es kommt darauf an, durch Kapitalbildung die Voraussetzungen für eine rentable Wirtschaft zu schaffen; diese wird aber durch die jetzt erörterten Methoden nur weiter vergrößert!“

Zeit für die Jungangestellung der Arbeitsbeschaffungsaktion Geld bereitgestellt werden muß, steht dieser merkwürdigen Zeile die Kapitalbildung bevor. Die Kapitalbildung wird aber doch nicht etwa dadurch verhindert, daß im Verlauf der Arbeitsbeschaffungsaktion Menschen, die bisher Konsumgüter, also Kapital verzehrten, ohne durch Arbeit neue Werte, neues Kapital schaffen zu dürfen, nimmer mit ihrer Hände Arbeit wirklich neues Kapital „bilden“. Der Verfasser geht von der ungläubigen Meinung aus, daß Arbeiten die Kapitalbildung vermindere, Nichtarbeiten dagegen ihr förderlich sei. Es ist überhöchste Zeit, daß die „Wirtschaftsführer“ dieses Räubers ihre Führertätigkeit auf ihre eigenen Betriebe beschränken und die deutsche Volkswirtschaft vernichten überlassen! Denn von der Leistung eines einzelnen Betriebes mögen sie etwas verstehen von der Führung einer Volkswirtschaft bestimmt nicht.

Die Krise des zunehmenden industriellen Zeitalters erfordert an führender Stelle Menschen, die nicht industriell, sondern volkswirtschaftlich denken. Das ist ein rein industrieller Denker, der ungeheure Bedeutung des Inflations- und Seidungsprogramms für die unauflöslich notwendig Strukturumwandlung der deutschen Wirtschaft nicht zu erkennen vermag, der liegt auf der Hand. Den Sinn des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, wie es Gregor Straker im Reichstag entwickelt, werden diese Leute nie verstehen lernen.

Unter Anspannung aller Kräfte die ersten Millionen zu anheben, daß ihre Leistung die Grundlage bietet zur Einbeziehung des letzten deutschen Gewerkschaften in den großen Aufbau prozess der deutschen Volkswirtschaft.“

Stalten gegen Inflationsversuche

Rom, 18. Mai. Der Mailänder „Popolo d'Italia“ erläutert in einem Leitartikel „Lehren der Wirklichkeit“, die Entlassungen der letzten Inflationsversuche in England, den Vereinigten Staaten und Japan. Der „Popolo d'Italia“ weist auf die Aufgabe der Arbeitslosigkeit hin, nachdem die englische Regierung den Goldstandard verlassen habe. Auch in den Vereinigten Staaten und Japan seien die Inflationsversuche vom Standpunkt der wirtschaftlichen Verbesserung vollkommen gescheitert, ja, sie hätten vielmehr die Krise verschärft und die Stimmen aus Amerika klängen so ernst, daß die Lage apokalyptisch scheine. Man könne, so schließt das Blatt, der Krise nicht Herr werden, indem man die Welt im gepreßten Papier ertrinken lasse. Das wäre zu einfach. Mit Bekämpfungsmitteln könne man nicht helfen. Man müsse mit radikalen Maßnahmen, die ihren Anfang vom politischen Gebiet nehmen müßten, denn die Politik habe immer die Wirtschaft beherrscht und da die Menschen erst dann wieder an sich glauben werden, wenn man auf dem politischen Gebiet die Wölfe, die sich drohend am Horizont erheben, beseitigt, müsse gehandelt werden. Das falsche Stalten habe gehandelt und warie nun, daß die anderen es hören und auch handeln.

Freiwilliger Arbeitsdienst

ein Fehlschlag! — Uns hilft nur die ganze Maßnahme der Arbeitsdienstpflicht

Sinn des Arbeitsdienstes nach nationalsozialistischer Auffassung ist es, daß jeder junge Deutsche ohne Unterschied von Stand und Vorbildung an körperliche Arbeit gewöhnt und ihm damit wieder Achtung vor dem Handarbeiter beigebracht wird.

Er bezweckt weiter die Umformung vom materialistischen zum idealistischen Denken, vom Eigennutz zur Pflichterfüllung am Volksganzen, im Gegensatz zu dem heutigen Geistes.

Wenn der Arbeitsdienst wirklich Werte schaffen soll, so müssen alle Arbeiten bedingungslos ausgeführt werden, also sowohl qualitativ wie quantitativ. Nur Ableistung einer ungeschulten und unvollkommenen Tagesleistung führt zum Dilettantismus.

Die heutigen Zentralverordnungsstellen legen in der Hauptsache nur Wert auf arbeitsmarktlich günstige Wirkung, und so ist der freiwillige Arbeitsdienst nicht geboren aus dem Überdenken am Volksganzen. Vorausgesetzt hat hier die grundlegende Aenderung der geistigen Struktur der Staatsauffassung.

Die heutige Regierung ist weder dazu im Stande noch bereit diese herbeizuführen und deshalb kann diese Aufgabe nur die Arbeitsdienstpflicht der NSDAP. erfüllen.

Im Vordergrund muß also die innerliche Rückwendung unserer Jugend zum Boden, zum Acker, zur deutschen Scholle stehen.

Diese Anschauungen lassen sich aber nicht in einer Dienstzeit von 20 Wochen des freiwilligen Arbeitsdienstes aneignen. Und so zeigen denn auch die Ergebnisse der Arbeitsleistungen mit 35 Prozent der Leistung eines normalen freien Arbeiters bei 15 Wochen, von 50 Prozent bei ständiger Arbeitszeit und 20 Wochen Dienstzeit, daß eine viel längere — mindestens einjährige — Gewöhnung notwendig ist. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sich zum freiwilligen Arbeitsdienst nur die besten, arbeitswilligen Kräfte unseres Volkes drängen.

Die frohgemuten Gelächter, die Leutnants

den Augen und die erarbeiteten freischoten Waden sind aber schnell wieder verblasst, versinken und veratmen, wenn der junge Acker nach Ablauf der 20 Wochen wieder in die eben überwundene Arbeitslosigkeit mit neuer Barteig auf Unterweisung, in das alte Elend zurückfällt und eine gerade aufgekommene Hoffnung wieder begraben muß.

Bis Ende Februar wurden ganze 20.000 Mann im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt, also 0,3 Prozent der 6 Millionen Arbeitslosen überhaupt, ein Ergebnis, das vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gleich Null ist. Der Grund dazu liegt in erster Linie in der Unzulänglichkeit der staatlichen Bestimmungen, die einen wahren Drahtziehen von Paragrafen bilden. Das Zuneinanderbringen aller bei der Einteilung der Arbeiten zu betragenden Behörden, Ämter, Kreditgesellschaften, Vereine und Verbände hat bei den meisten Arbeiten 4-5 Monate erfordert. Ferner ist die Höchstleistungszeit mit 20 Wochen vollkommen unzureichend, denn

1. ist die Zeit zur Gewöhnung und zur Erreichung vollwertiger Leistungen viel zu kurz,
2. steht der Aufwand für Beschaffung der Bekleidung und Unterkunft, für freie Hin- und Rückfahrt zur Arbeitsstelle in keinem Verhältnis zur Leistung,
3. führt eine Arbeitszeit von weniger als 7 Stunden zur Spielerei und stellt auch jede Wirtschaftlichkeit in Frage, und
4. ist eine erfolgreiche Erziehung zu Ordnung und zu anständiger Staatsbewußtsein in unserem Sinne ausgeschlossen.

Deshalb ist und bleibt der freiwillige Arbeitsdienst eine halbe Maßnahme und wird niemals ein volkswirtschaftliches Ergebnis bringen. Nur die ganze Maßnahme, die jährliche Arbeitsdienstpflicht wird erst eine wirkliche Gewähr für Erziehung zu Ordnung und strenge um Kameradschaft, für körperliche und seelische Gesundung und damit vollwertige Arbeitsleistung bieten!

Darman.